

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 1, Jänner 2015 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ** Graz - Gemeinderatsklub

Helfen statt reden

TAG DER OFFENEN KONTEN BEI DER KPÖ

Seite 2-3



Volkshaus Redoute

Der Ball für alle
im Volkshaus Graz

Sa. 31. Jänner 2015
20:00 Uhr

19:00 Einlass
Musik: KANAL 4
24:00 Einlage:
Morosov Kosaken
24:15 + DISKO

Eintritt: frei
Der Erlös des Balles
kommt dem Aloisianum zugute
Anfragen wegen Restplätzen: 0316 / 71 24 79

ZITIERT

„Den Vorwurf der »Schuldenpolitik« reichen wir an jene Parteien weiter, die seit Jahren Lobbyarbeit für die Vermögenden leisten und entsprechende Beiträge der Reichen, Banken und Konzerne verhindern. Genau diese Politik ist nämlich für das Austrocknen der öffentlichen Kassen verantwortlich!“ KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer in seiner Budgetrede am 4. Dezember 2014

„Wieviel Geld aufgrund von Spekulationen im Fall des Hyposkandals verspielt wurde, ist für uns kaum vorstellbar. Jetzt aber den Menschen einzureden, dass sie den Gürtel enger schnallen müssen und ihnen die Verantwortung und die Konsequenzen aufzubürden, ist unverschämt.“ KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann in ihrer Budgetrede am 4. Dezember 2014

„Man kann den Skandal der Armut nicht bekämpfen, indem man Strategien entwickelt, die nur beruhigen und die Armen zu stillen Kreaturen machen wollen.“ Papst Franziskus, 27. Oktober 2014

„Leider rückt das gute Leben für die allermeisten in immer weitere Ferne. (...) Es ist befremdlich: Wenn ich als Papst hiervon spreche, heißt das für einige, dass dieser Papst ein Kommunist ist.“ Papst Franziskus, ebenda

Gegen Private-Public-Partnership: „Der Staat kann sich Geld viel billiger leihen. (...) Die Fragestellung, wie mehr Investitionen für die Infrastruktur ermöglicht werden können, ist ja richtig. Ich habe mich aber als Finanzminister gegen die ÖPP-Modelle gewehrt. Das Erste, was die Privaten dann immer wollen, weil die Kapitalkosten für sie höher sind: einen Steuervorteil.“ Hans Eichel, Ex-Finanzminister der BRD, taz, 22. Dezember 2014

„All die Phrasen der Herausgeber und Bellizisten (Kriegstreiber)! Ein Wettlauf um Plätze im Profilierungsmarkt. Nicht jeder, der an Meinungsfreiheit interessiert ist, war daran zu erkennen, dass er ein Charlie-Schild hochhielt.“ Armin Thurnher, Falter 1-315

Sinnvolle Verwendung von „Tag der offenen Konten“ bei der KPÖ Steiermark

Zum 17. Mal legten die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die beiden KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg am „Tag der offenen Konten“ die Verwendung ihrer Politiker-Gehälter offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Wohnungsstadt in Graz wurde, gilt bei der KPÖ, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. Von 1998 bis 2014 wurden so über 1,589.182 Millionen Euro weitergegeben.

Über 5.000 Beratungsgespräche bei Elke Kahr

Über 5.000 Menschen suchten 2014 im Büro von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr Rat und Hilfe, 480 von ihnen erhielten eine finanzielle Unterstützung. Die Gelder stammen vom Gehalt der Stadträtin, die sich selbst 1.900 Euro davon behält. Mehr als die Hälfte des Gehalts – 51.323,70 Euro waren es 2014 – kommen Grazern und Grazerinnen zugute, die sich hilfeschend an die KPÖ wenden. Insgesamt hat Elke Kahr seit Oktober 2005 mehr als 470.000 Euro ausbezahlt. „Der Hauptgedanke war der, dass wir uns als Politiker nicht von der Mehrheit der berufstätigen Bevölkerung abheben wollten, dadurch verliert man den Bezug zum Alltag der Menschen.“

Die Parteienförderung in Graz wurde 2013 von ÖVP, SPÖ und FP fast verdoppelt – und das obwohl

in vielen anderen Bereichen gespart wird. Die KPÖ hat sich immer dagegen ausgesprochen und im Grazer Gemeinderat, wie Grüne und Piraten auch, dagegen gestimmt.

Geld für Banker!

„Weil es für die Zurücknahme der Erhöhung im Grazer Gemeinderat keine Mehrheit gibt, hilft die KPÖ mit diesem Geld nun zusätzlich in Not geratenen Grazerinnen und Grazern“, sagt Kahr. 58.130,33 Euro waren es 2014. Auch ihre Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“, bei der die KPÖ die Kosten für das Aufstellen von Bänken und Tischen im öffentlichen Raum übernimmt, wurde fortgesetzt. Dafür wurden insgesamt bereits 16.000 Euro aufgewendet. „Dadurch wollen wir mehr Sitzgelegenheiten schaffen, wo man auch ohne Konsumzwang zur Ruhe kommen kann“, erklärt Elke Kahr.



Foto Pia Schmickl

KPÖ
Einkommen wird für Menschen
offengelegt. Von links nach
Landtagsabgeordnete, Werner

Wohnraum sichern!

„Größtenteils geht es darum, den Erhalt der Wohnung zu sichern“, erzählt Kahr. „Es kann nicht sein, dass Menschen mehr als 50 Prozent von ihren zur Verfügung stehenden Mitteln fürs Wohnen ausgeben müssen.“ Dabei trifft es vor allem jene, die mit ihren Gehältern zu viel verdienen, um

Politikerbezüge im Jahr 2014,
in Euro monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Bundespräsident	23.631
Bundeskanzler	21.099
Nationalratspräsident	17.724
Nationalrat	8.440
Landeshauptmann Voves	16.036
Landeshauptmann-Stellv.	15.191
Mitglied Landesregierung	14.348
Klubobleute Landtag	10.550
2. und 3. Landtagspräsident	7.174
Präsident Landesschulrat	8.440
Abgeordnete zum Landtag	5.486

Polit-Bezüge: Alle gegen die KPÖ

Im Rahmen der Budgetsitzung des Landtags am 16.12.2015 erneuerte die KPÖ ihre Forderung, die Polit-Bezüge um 30 Prozent zu senken. Der Landeshauptmann verdient z.B. 16.300 Euro, sein Stellvertreter 15.500 Euro pro Monat. Die KPÖ hat auch vorgeschlagen, den höchsten Bezug mit dem Fünfzehnfachen einer Mindestpension zu beschränken. In seltener Einigkeit stimmten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gegen den Antrag der KPÖ.

Gehältern



ist glaubwürdig: Der Überschuss aus überhöhten Polit- in Notlagen verwendet, die Verwendung des Geldes jährlich rechts: Elke Kahr, Stadträtin in Graz, Claudia Klimt-Weithaler, Murg, Landtagsabgeordneter.

eine Wohnbeihilfe und auch sonst keine staatlichen Zuzahlungen erhalten. „Ein kaputter Boiler oder anstehende Reparaturen führen rasch zu Mietrückständen“, weiß sie aus vielen Gesprächen. Aber auch Spitalskosten, Schulkosten, Heizkosten, Strom, Kauttionen oder Makler-Provisionen stellen die Menschen vor finanzielle Herausforderungen. „Ausgenommen ist davon niemand aber besonders schlimm ist es für Menschen, wenn sie nach Scheidung, nach einer schweren Krankheit oder Verlust des Arbeitsplatzes mit ihren Sorgen alleine da stehen“, betont Kahr. Es

zeigt sich aber, dass immer mehr Berufstätige mit geringem Lohn sich die Alltagskosten nicht mehr leisten können.

Kinder leiden

„Traurig ist, dass Kinder und Jugendliche unter den Sorgen ihrer Eltern leiden, entmutigt und verunsichert werden. Es ist wichtig, dass junge Menschen selbstbewusst und unbeschwert ihren Fähigkeiten nachgehen können“, so Elke Kahr. „Wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen bezahlbare Wohnungen, wir brauchen Gehälter, von denen man leben kann und Sozialpolitik, die den Namen verdient“, bringt es Kahr auf den Punkt. „Dafür steht unsere Politik. Wir wissen aber auch, dass wir die Menschen nicht nur auf eine bessere Welt vertragen können, sondern wir wollen mit unserer tagtäglichen Hilfe unmittelbar für sie da sein.“



MEINE MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Unsere Arbeit

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Dietäglichen Schreckensnachrichten aus aller Welt reißen nicht ab. In diesen Tagen ist es nicht leicht, sich auf die eigene Arbeit in Graz zu konzentrieren.

Das ist aber notwendig. Was ist denn die tiefste Ursache für Gewalt und Terror? Das ist die Spaltung der Gesellschaft, die immer größer wird. Und wer meint, dass unser Land eine Insel des Reichtums in einem Meer des Elends wäre, der schaut nicht genau hin. Auch bei uns geht es immer mehr Menschen immer schlechter, während einige wenige immer reicher werden.

Und genau deshalb ist unsere Arbeit in Graz so wichtig. Wenn wir den Leuten helfen

können, wenn wir einen Belastungsstopp bei städtischen Gebühren erreicht haben, wenn es jetzt eine Initiative für neue Gemeindewohnungen gibt, dann ist das unser Beitrag dazu, dass die Hoffnung auf ein besseres Leben weiter besteht.

Auf die Frage einer Zeitung nach meinen Neujahrswünschen habe ich geantwortet: Ich hoffe, dass 2015 nichts Schlimmes passiert.

Wir leben in Zeiten, in denen man in Graz und überall sehr hart arbeiten und sich anstrengen muss, damit dieser einfache Wunsch in Erfüllung geht.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 0316 / 872-20 60

KLEIN, aber MIT BISS



Politiker kassieren mehr, arme Leute haben immer weniger. Das Jahr fängt nicht gut an.

AUS DEM INHALT

Wohnen und Recht.....	4
91 neue Wohnungen.....	5
Stadtteilzentrum Grünanger.....	6
Pensionen / Richtsätze 2015.....	7
Typisch Graz.....	9
Kinderland-Wimterwoche.....	10
Aus den Grazer Bezirken ...	11-13
Beichte eines Glücksspielers....	14
Kommentar C. K-Weithaler: Zum Landesbudget.....	15
Pflegegeld	16
EU-Privilegien, Weltpolitik	17/18
Impressum	19
Rätsel, Termine, Anzeigen, Veranstaltungen	21-24

§§ MIETRECHT §§

Mieter und Vermieter: Vertragspartner auf Augenhöhe

„Das traue ich mich nicht zu tun. Der Vermieter hat gesagt, er schmeißt mich sofort aus der Wohnung, wenn ich zu Gericht gehe.“ Sätze wie diesen hören wir in unseren Sprechstunden gar nicht so selten. Viele Mieter lassen sich von Vermietern auf diese Art einschüchtern. Der Grund dafür liegt zum einen in mangelnder Rechtskenntnis, zum anderen nicht selten auch an mangelndem Selbstbewusstsein. Man sei ja „nur“ Mieter, der dem „Hausherrn“ gegenüber steht.



von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro
von Stadträtin Kahr.

terte oder ängstliche Mieter dies verinnerlichen. Viele unüberlegte Unterschriften würden nicht geleistet, Schikanen auch als solche erkannt und nicht als „Recht“ des Vermieters empfunden werden.

Es ist wichtig, sich über seine Rechte als Mieter zu informieren und dem Vermieter selbstbewusst gegenüberzutreten. Doch es sind nicht immer nur Vermieter, die sich ihren Mietern gegenüber nicht korrekt verhalten. Mancher Mieter

Mieter-Notruf

Tel. **0316 71 71 08**

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Elke Kahr. KPÖ

Gleichberechtigte Vertragspartner

Dem ist natürlich nicht so. Mieter und Vermieter sind grundsätzlich gleichberechtigte Vertragspartner. Der eine gibt Geld, der andere gibt Wohnraum.

Gesetze und der Mietvertrag regeln die Details dieses Vertrages. Es wäre wünschenswert, würde der eine oder andere eingeschüch-

terte hat sich auch schon um die Chance einer Kulanzlösung gebracht, weil er es dem Vermieter gegenüber mit dem Selbstbewusstsein „übertrieben“ hat.

Gerade in einem Rechtsbereich wie dem Wohnen, in dem es viele Grauzonen gibt und der wie kaum ein anderer in das tägliche Leben der Menschen eingreift, sollte für beide Seiten gelten: Das Gesetz schreibt den Text, der Ton macht die Musik.



FRAGEN zum Wohnen:
Von der Wohnungssuche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450) oder an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2062).

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG... ... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Wer soll die Wohnungsvermittlung bezahlen?

Vermittelt ein Maklerbüro eine Mietwohnung, ist es derzeit so, dass vom Mieter bis zu zwei Monatsmieten an Provision verlangt werden können. Ist das fair?

- Sicher! Die Wohnungssuchenden bekommen ja etwas für die Maklerleistung, nämlich eine neue Wohnung!
- Fair ist, wenn der Vermieter für das Maklerbüro zahlt.

Gedanken und Anregungen:

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name: _____

Adresse: _____



An das
**GRAZER
Stadtblatt**
Elke Kahr
Volkshaus, Lagergasse 98a
8020 Graz
Fax: 0316 / 71 62 91
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Leser/innen-Reaktionen Ratenkauf ja oder nein?

In der letzten Ausgabe des Grazer Stadtblatts haben wir unsere Leserinnen und Leser nach ihrer Meinung zum Ratenkauf befragt. Rund 80 Prozent von ihnen haben angegeben, dass sie dem Ratenkauf widerstehen, selbst wenn sie dringend etwas brauchen. „Ratenzahlungen sind – auf die gesamte Zahlungsfrist gesehen – keine Entlastung, sondern eine Belastung!“, schreibt ein Leser und verweist auf die Interessen, die dahinterstehen. Rund 20 Prozent haben angegeben, dass sie auf Ratenzahlungen angewiesen sind, weil sie bei dringenden Anschaffungen nicht auf einmal so viel Geld in bar aufbringen können.

Charme einer eigenen kleinen Gemeinde

Im November wurden 91 neue Gemeindewohnungen in der Zeppelinstraße in Graz an die neuen Bewohner übergeben.

„So eine Wohnung in Graz zu finden, war für uns wie ein Lotto Sechser“, erzählt einer der Mieter in der neuen Siedlung in der Zeppelinstraße. Insgesamt 91 neue Gemeindewohnungen wurden Anfang November an die neuen Mieter übergeben. „Wir leben hier zu viert in einer 77 m² großen Wohnung.“ Nach einer Herzoperation musste der Familienvater seinen Job aufgeben und damit auch seine Dienstwohnung. „Damals haben wir uns am privaten Wohnungsmarkt umgesehen.“ Das konnte sich die Familie allerdings nicht leisten. Sie suchten um eine Gemeindewohnung an. Durch die Krankheit musste er sich auch beruflich neu orientieren und macht gerade eine Ausbildung im Sozialbereich. Der Sohn hat gerade erst mit der Lehre begonnen, die Tochter studiert. Die Freude war groß, als ihnen nach über zwei Jahren Wartezeit eine Wohnung in der Zeppelinstraße angeboten wurde. 376 Euro warm kostet die neue 3-Zimmer-Küche-Wohnung.



Stadträtin Elke Kahr, Landesrat Johann Seitingner und dem Direktor der GWS, Ing. Johannes Geiger übergaben 91 neue Gemeindewohnungen an die neuen Mieter und Mieterinnen.

gestellt: Daher sind Bruttomieten inkl. Betriebs- und Heizkosten zwischen 200 Euro (40m²) und 530 Euro (90m²) möglich. „Nicht nur die niederen Wohnkosten, sondern auch die vielen Angebote vom Gemeinschaftsraum bis hin zu dem großzügigen Platz für Freizeitaktivitäten sind gut durchdacht. Die Voraussetzungen für ein gutes Miteinander zwischen Jung und Alt sind mit diesem Wohnprojekt mehr als gegeben“, hebt Wohnungsstadträtin Elke Kahr die Vorzüge hervor.

Mehr als nur zufrieden

Nicht nur die günstigen Mieten sondern auch die Passivenergiebauweise überzeugte einen anderen Mieter der Siedlung. Nach neun Jahren in einer Gemeindewohnung in der Reiherradlstraße, suchte er um einen Wohnungswechsel an. Gemeinsam mit seiner Katze Leo hat er sich in seiner 40m²-Wohnung liebevoll eingerichtet.

Mit 43 Jahren erlitt der Grazer einen Schlaganfall, nach einer langen, schweren Reha konnte er seiner Arbeit beim ORF nicht mehr

nachgehen und auch seine Ehe ging in die Brüche. „Damals stand ich vor dem nichts“, erinnert er sich. „Ich musste von vorne anfangen.“ Er suchte um eine Gemeindewohnung an und bekam auch eine. Jahre später erlitt er noch zwei Schlaganfälle hintereinander, wieder musste er sich zurück ins Leben kämpfen und schaffte es – eine große Unterstützung dabei war seine Tochter. Obwohl er sehr wenig zum Leben braucht, wie er selber sagt, würde er es ohne Gemeindewohnung nicht schaffen.

Günstig und energieeffizient

Die neue Anlage, bestehend aus sieben Häusern, wurde von der GWS in Passivenergiebauweise errichtet. Weitere Ausstattungsdetails dieser hochmodernen Anlage sind kontrollierte Wohnraumlüftungen mit Wärmerückgewinnung, Solar- und Photovoltaikanlage ein Gemeinschaftsraum sowie großzügigen Balkone und Terrassen. Die Stadt Graz hat das Grundstück, das Land Steiermark hat die Fördermittel zur Verfügung



Die neue Gemeindewohnung ist für die Familie wie ein Lotto-Sechser.



Nicht nur die günstigen Miete, auch die Passivenergiebauweise überzeugte diesen Mieter.

Stadtteilzentrum Grünanger. Stadtteilzentren stellen sich vor, Teil 3

Vielseitig und generationsübergreifend

Mit einem umfassenden Angebot betreut das Sozialmedizinische Zentrum Liebenau (SMZ) den Stadtteil Grünanger.

„Gutes neues Jahr“, begrüßt Christopher Fröch einen Mieter aus der Andersengasse und hilft ihm unaufgefordert beim Abdecken des Autos. Nach kurzem Smalltalk geht er weiter zu den Räumlichkeiten des Stadtteilzentrums Grünanger – seiner Arbeitsstätte. Das Sozialmedizinische Zentrum Liebenau (SMZ) betreut seit 2009 das Zentrum in der Andersengasse.

Alles unter einem Dach

Fröch ist nur ein Teil des Teams. Eine Sozialarbeiterin, eine Musiktherapeutin und die zwei Allgemeinmediziner Rainer Possert und Gustav Mittelbach, die das SMZ ins Leben riefen, kümmern sich um das Wohl der Bewohner. Die Räumlichkeiten werden außerdem in Kooperation mit dem Jugendamt genutzt.

Arbeit im Stadtteil

Das Programm am Grünanger ist vielseitig und generationsübergreifend. Neben der Gemeinwesen-

arbeit und der Sozialarbeit steht Gesundheitsförderung im Fokus des Sozialmedizinischen Zentrums. Einmal die Woche gibt es ein gemeinsames Walken an der Mur mit einem der beiden Mediziner. An Donnerstagen findet ein Brunch statt mit allem, was das kulinarische Herz begehrt. Danach wird in den wärmeren Monaten ein Gemeinschaftsgarteln auf den Grünflächen des Zentrums angeboten. Jeden Freitag wird mit der Musiktherapeutin musiziert. Jeder kann sich aktiv beteiligen und selbst musizieren oder einfach nur zuhören und genießen. Wenn der Wunsch geäußert wird, werden auch Filmabende organisiert.

Der integrative, interkulturelle Teil der Gemeinwesenarbeit zeigt sich auch bei den vergangenen Kochprojekten, wo es etwa um „vergessene Speisen“ aus der Türkei und Österreich ging.

Unaufdringlich

„Bei uns gibt es keine vorgegebenen Sprechstunden, wir sind



Beim Sommerfest am Grünanger gabs einen kostenlosen Gesundheitscheck für interessierte Bewohner und Bewohnerinnen.

regelmäßig vor Ort und immer für Bewohner erreichbar. Gemeinwesenarbeit findet rund um die Uhr statt“, schildert Fröch seinen Alltag. „Man darf sich auch nicht aufdrängen, die Leute kommen mit ihren Ideen, äußern Wünsche oder Probleme“. Das Stadtteilzentrum versucht dabei die Bewohner zu aktivieren und unterstützt sie dabei, ihre Ideen selbst umzusetzen.

Eine Sozialarbeiterin hilft bei Problemen oder Fragen zu Behördenwegen, Hilfe bei Antragstellungen wie etwa für Wohnbeihilfe, Sozialcard oder Pflegegeld. „Dran bleiben“ heißt dabei die Devise, denn sie telefoniert nach und hilft, bis die Sache auch wirklich umgesetzt wurde.

Gemeinsam stark

Das Stadtteilzentrum lädt vier Mal im Jahr zum „Round Table“. Dazu werden Politik und alle wichtigen Institutionen und Behörden wie Polizei, Jugendamt, Hausverwalter, Schulen und auch Bürger eingeladen, um über aktuelle Brennpunkte, Probleme und nötige Veränderungen am Grün-

anger zu diskutieren. Für heuer ist die Umsetzung des Projekts „Wartehäuschen“ bei der Endstation der Buslinie 34E geplant. Bei Regen, Schnee und Wind sei es vor allem älteren Menschen nicht zuzumuten, ungeschützt auf den Bus zu warten, bringt es Christopher Fröch auf den Punkt. Ebenso steht im Fokus, dass der Grünraum in diesem Gebiet erhalten bleibt.

SMZ auch in Schönau

Seit 2013 betreibt das SMZ auch ein Stadtteilzentrum in Schönau. Derzeit sind sie allerdings auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten. Fröch kennt die Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit: „Man muss flexible genug sein, um auf alle Anliegen, Ideen und Wünsche der Bevölkerung einzugehen.“



Gemeinsam mit Radio Helsinki gestaltete das Stadtteilzentrum Grünanger mit den Bewohnerinnen und Bewohnern eine Radio-sendung aus dem Stadtteil.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

Wohl verdiente Pension

Nachricht über Erstgutschriften schürt Ängste

Seit Juni 2014 flattern Briefe der Pensionsversicherungsanstalt in die Haushalte. Inhalt: Information über die **Erstgutschrift** des Pensionskontos.

Die Kontoerstgutschrift gibt Auskunft über die Höhe der Pension, würde man an genau diesem Tag in Pension gehen.

Was passiert mit meiner Kontoerstgutschrift?

Sie steigt mit dem Lohn jedes Jahr weiter an, dabei ist auch die Teuerung miteingerechnet. Wenn Sie in Pension gehen, wird aus der Summe aller Gutschriften eine monatliche Bruttopension berechnet, die 14 mal jährlich ausbezahlt wird.

Wie erhöht mein Einkommen die Pension?

1,78 Prozent des Bruttoeinkommens werden jedes Jahr auf dem Pensionskonto gutgeschrieben und auch jährlich aufgewertet, das heißt, der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst.

Ein Beispiel: Laut Kontoerstgutschrift hat Carina S. 1.000 Euro monatlichen Pensionsanspruch. Diese Gutschrift wird im Folgejahr mit dem Aufwertungsfaktor 1,022 (für 2014) multipliziert. Dieser Faktor wird jedes Jahr neu berechnet. Das ergibt 1.022 Euro für 2014. Hinzu kommt noch die Gutschrift vom Einkommen. Wenn sie also 1500 Euro im Monat verdient, werden 1,78 Prozent davon zusätzlich auf dem Konto gutgeschrieben, also 26,70 Euro. Das ergibt eine neue Gesamtgutschrift von 1048,70 Euro monatlich.

Für wen gilt das neue Pensionskonto?

Für alle, die ab 1955 geboren sind.

Worauf muss man aufpassen?

Auch wenn Kindererziehung- und Arbeitslosenzeiten höher berechnet werden, schlagen sich die Teil-



Wichtige Informationen zum Pensionskonto

zeitarbeitszeiten aber maßgeblich niedriger. Ein Beispiel: Brigitte R., 58 Jahre alt, dreifache Mutter. Bis zum ersten Kind hat sie Vollzeit gearbeitet, nach ihrer Zeit als Hausfrau und Mutter nur mehr Teilzeit. Die Information über die Erstgutschrift ihres Pensionskontos weist eine voraussichtliche Pension von 900 Euro aus. Mittlerweile ist sie geschieden und weiß nicht, wie sie mit diesem Geld leben soll.

Was ist der Unterschied zum alten System?

Der wesentliche Unterschied zum alten Pensionssystem ist, dass nicht mehr die einkommensstärksten oder letzten Jahre ausschlaggebend für die Pensionshöhe sind, sondern das gesamte Arbeitsleben. Das bedeutet (für fast alle): weniger Pension als nach dem alten System.

Wann kann ich in Pension gehen?

Das gesetzliche Regelpensionsalter beträgt bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre. Ab 2024 wird das Pensionsalter für Frauen schrittweise auf 65 erhöht. Für eine Alterspension ist eine Mindestversicherungszeit von 15 Versicherungsjahren notwendig. Für vorzeitige Pensionen gibt es Abzüge. Gehen Sie später, fällt die Pension höher aus.

Was bleibt netto von der Pension?

Von der Bruttopension werden 5,1 Prozent Sozialversicherungsbeitrag und die Lohnsteuer abgezogen. Bei einer Pension von 1.500 Euro brutto bleibt nach Abzügen von Sozialversicherung (76,50 Euro) und Lohnsteuer (150,18 Euro) eine Nettopension von 1.273,32 Euro.

Wo kann man sich über den aktuellen Stand des Pensionskontos informieren?

Wenn Sie Ihre Kontoerstgutschrift erhalten haben, können Sie jederzeit mit Ihrer Bürgerkarte oder Handysignatur bzw. über Finanz-Online in Ihr Pensionskonto einsteigen.

Außerdem können Sie sich an Ihren Pensionsversicherungsträger wenden, der Ihnen einen Kontoauszug per Post zukommen lässt.

Mit dem Pensionsrechner der Arbeiterkammer kann die künftige Pensionshöhe abgeschätzt werden: www.pensionsrechner.arbeiterkammer.at

Weitere Informationen finden Sie unter www.arbeiterkammer.at, www.neuespensionskonto.at

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 872,31 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.307,89 Erhöhung pro Kind:€ 134,59 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 827,82 Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): € 620,87 ab 3. volljährige Person:€ 413,91 1. bis 4. Kind:€ 157,29 ab dem 5. Kind:€ 190,40

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben) Rezeptgebühr 2015: € 5,55/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze: € 405,98/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/Telefontgeltzuschuss (netto):
1 Person:€ 976,99
2 Personen:€ 1464,84
zusätzl. Person/Haushalt: € 150,74

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 168,10; über 3J: € 175,70, über 10J: € 194,60, über 19J: € 217,30

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 6,70, bei 3 um € 16,60, bei 4 um € 25,50, bei 5 um € 30,80, bei 6 um € 34,30, bei 7 um € 50. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um.

Pflegegeld

Stufe 1:€ 154,20
Stufe 2:€ 284,30
Stufe 3:€ 442,90
Stufe 4:€ 664,30
Stufe 5:€ 902,30
Stufe 6: ..€ 1.260,00
Stufe 7: ..€ 1.655,80

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16,
8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101,
E-Mail:



karin.gruber@stmk.gv.at

Demokratie statt Herrschaft der Konzerne! Protest gegen Handelsvertrag USA-EU

Über 2000 Menschen nahmen in Graz am Protestzug gegen Freihandelsabkommen unter dem Titel „STOP TTIP, CETA und TISA“ teil, zu dem ein breites politisches Bündnis aufgerufen hatte.

Gerade haben wir uns daran gewöhnt, dass EU-Verträge, die die Unabhängigkeit ihrer Mitgliedsstaaten einschränken nach Städten benannt sind: Lissabon, Maastricht, Schengen.

Bei den seltsam klingenden Abkürzungen wie TTIP, CETA und TISA geht es um sogenannte Freihandelsabkommen, tatsächlich aber um eine Art NATO für die Wirtschaft. „Frei gehandelt“ darf nur mehr das werden, was der Vertrag erlaubt. Durch diese neoliberalen Freihandelsverträge sollen existenzielle Güter wie Gesundheit, Wasserversorgung, Energie, Bildung usw. zum lukrativen Markt für Großkonzerne werden.

Besonders fatal wirkt sich diese EU-Wirtschaftspolitik auf die Länder des Südens und Ostens aus, die ihre Märkte für die Export- und Investitionsinteressen der großen EU-Konzerne öffnen müssen. Länder an der „europäischen Peripherie“, die nicht bereit waren oder sind, sich diesem EU-Freihandelsregime zu unterwerfen, waren und sind Ziel offener und verdeckter

kriegerischer Gewalt wie z.B. in Jugoslawien, Libyen, Syrien, Ukraine.

Wenn – durch die Krise des Euro – der wirtschaftliche Druck nicht aufrechterhalten werden kann, wird die EU-Politik eben mit Gewalt durchgesetzt.

Soziale Verelendung, politisches Chaos und Gewalt sind

Folgen der Politik der EU. Mit den TTIP-Verträgen würde die Zusammenarbeit von EU und USA gegen die Menschen verbessert: „Unsere Löhne, unsere Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Mitwirkungsrechte, unser Recht auf Urlaub sind keine Handelshemmnisse, sondern

teuer erkämpfte Rechte, die wir nicht hergeben werden!“, betonte KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer bei der Protestkundgebung in Graz.

Wir dürfen dies unheilvolle EU-Politik nicht mehr hinnehmen! Es gilt, unsere Demokratie und unsere Rechte zu verteidigen!



Die KPÖ Graz unterstützte der Protest gegen die EU-Freihandelsabkommen: Mit dabei Ernest Kaltenecker, Elke Kahr und Gemeinderätin Elke Heinrichs.

Das Bauamt vor Ort

Nächster Termin: LIEBENAU

Mi. 18. Februar, 18.00 Uhr
GASTHAUS-RESTAURANT IN'S PFANDL
Kadettengasse 22 /
Ecke Puntigamer Straße
8041 Graz - Liebenau



Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>



Der Grazer Stefan Preis hat zwei Jahre lang Grazer Schriften fotografisch dokumentiert. Er will Bewusstsein schaffen und die Schriftbilder vor dem Vergessen bewahren.

„Ich gehe mit offenen Augen durch die Welt und habe mich immer schon gern mit Schriften beschäftigt“, sagt der Fotograf Stefan Preis auf die Frage, wie es dazu ge-

kommen ist, dass er auf insgesamt 333 Fotos Schriften aus dem Grazer Stadtbild fotografisch festgehalten hat. Bei seiner ehemaligen Tätigkeit als Fahrradbote sind ihm immer wieder interessante Motive vor die Linse gekommen. „Angefangen hat es mit einem Foto der ‚Hutfabrikation Kepka‘ in der Wickenburggasse“, erinnert sich Preis.

Alle Fotos sind im Zeitraum zwischen Herbst 2012 und Pfingsten 2014 entstanden. Auf seiner Facebook-Seite „Typisch Graz“ hat Stefan Preis die Sammlung von Aufschriften und Schriften veröffentlicht. „Überraschend für mich war, dass ich so viele Rückmeldungen bekommen habe“, so der Fotograf. „Die Schriftbilder wecken bei vielen Menschen Erinnerungen, vor allem an Episoden aus ihrer Kindheit. Sie erinnern sich an Personen, daran, wie es im Geschäft ausgesehen und wie es da gerochen hat.“

Viele der Schriften, die Stefan Preis abgelichtet hat, wurden noch

handschriftlich entworfen. „Wenn man sie sieht, bekommt man auch ein Bild von dem Menschen, der dahintersteht“, so Preis.

Geschäftliche Interessen verfolgt der Hobbyfotograf, der in seinem Brotberuf nichts mit Fotografie zu tun hat, keine. Es geht ihm allein darum, die alten Schriftbilder zu bewahren und das Bewusstsein der Menschen für das Vergängliche zu schärfen. „Ein bisschen ein Jagdtrieb ist wohl auch dabei. Ich freue mich einfach, wenn ich in einen Innenhof komme und dort für mich Neues entdecke!“



Typisch Graz – Typografie in Graz. Stefan Preis zeigt auf Facebook „Grazer Schrifttypen“



MEINUNG



Von Hilde Tragler.
Betriebsrätin
des GLB bei
Magna.

Magna neu

Ab 2015 kündigt Magna international an, unter dem neuen Logo „Magna“ alle Standorte weltweit zu vereinheitlichen. Dazu sind bei allen bestehenden Betrieben Namensänderungen mit allen damit zusammenhängenden Aufwendungen (neues Briefpapier, neue Domain usw.) verbunden.

Aber, liebe Leserinnen und Leser: Keine Angst, das heißt nicht, dass ab sofort in allen Filialen der gleiche Kollektivvertrag zur Anwendung kommen wird.

Im Gegenteil: Bei Magna-Steyr, vormals Steyr-Daimler-Puch, hat man es sogar geschafft, die Kollektivvertragseinheit in drei Bereiche zu spalten. Die Auswirkungen davon für die Belegschaft: Nach einem halben Jahrhundert mit einem gemeinsamen Metaller-Kollektivvertrag gibt es nun allein in Graz-Thondorf drei verschiedene Kollektivverträge mit unterschiedlichen Lohnabschlüssen. Das bedeutet für einige hundert Beschäftigte eine Schlechterstellung. Das entspricht dem Magna-Motto, „kleine, überschaubare Bereiche“ zu schaffen, die man „notfalls“ auch relativ leicht zusperrern kann.

Nach außen hin aber signalisiert ein einheitlicher Name große Einigkeit. So kann man sich täuschen!

Magna schafft es damit als großer Konzern, einerseits eine gemeinsame Identität vorzuspielen, und andererseits durch Ausgliederungen und interne Strukturveränderungen die Arbeiterschaft aufzuspalten,

meint Ihre
Hilde Tragler

Wohin in den Semesterferien ?

Kinderland Steiermark bietet Winterwoche Kinderlandvilla „Richard Zach“ St. Radegund. 14. bis 20. Februar 2015.

Heuer bietet Kinderland Steiermark Kindern in den Semester- und Osterferien wieder eine spannende, unterhaltsame und darüber hinaus kostengünstige Woche in der Kinderlandvilla „Richard Zach“ in St. Radegund. Daran teilnehmen können alle 5-15jährigen, die Gemeinschaft, Abenteuer und Abwechslung suchen.

Ein bunter Mix an Indoor- und Outdooraktivitäten lässt keine Langeweile aufkommen.

Es stehen 50 Plätze zur Verfügung.

Zuschussmöglichkeiten gibt's vom Land Steiermark, die Formulare und Infos gibt's im Kinderland-Büro. Je nach Zuschussleistung entstehen

Restkosten zwischen 70 und 149 Euro bei Kombiangebot, d. h. je Woche, wenn sowohl Winter- wie Osterwoche gebucht werden (Eine Woche ohne Förderung: 180 Euro).
Beratung im Kinderland-Ferienbüro am Mehlplatz 2/2. Stock, 0316/82 90 70 MO – FR von 9 – 14 Uhr, E-Mail: office@kinderland-steiermark.at.



WINTERWOCHE in St. Radegund

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: ab € 149,-*

abzgl. Landeszuschuss
* bei Kombiangebot

14. bis 20. Februar 2015
Kinderlandvilla
St. Radegund



Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

BILLIGERE GVB-JAHRESKARTE EIN MEILENSTEIN



Die Stadt Graz versucht, die Menschen zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu ermutigen.

Nach der Budget-Einigung zwischen ÖVP, KPÖ und SPÖ im Dezember 2014 konnte eine langjährige Forderung der KPÖ umgesetzt werden: Die Jahreskarte für die Öffentlichen Verkehrsmittel kostet ab jetzt für alle, die in Graz ihren Hauptwohnsitz haben, nur

mehr 228 Euro statt wie bisher 399 Euro.

KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Unsere Initiativen im Gemeinderat zur Senkung der Offi-Preise haben nun Früchte getragen – ein Meilenstein auch in Punkto Feinstaubbekämpfung.“
KPÖ-Verkehrssprecher **Manfred Eber**: „Es war höchste Zeit, diese Maßnahme umzusetzen und nicht für Polit-Spielchen bei den Budgetverhandlungen zu verwenden.“

Wanderwege müssen zugänglich sein!

Als Natur-Erlebnis-Park wird das Gebiet rund um den Plabutsch bis zum Buchkogel und Florianenberg anpriesen. Zahlreiche Wanderwege, die von den alpinen Vereinen ehrenamtlich betreut und mit großem Aufwand instand gehalten werden, geben den Wanderern die Möglichkeit zur Naherholung. Auch Biker haben die Möglichkeit, teilweise geöffnete Wege zu benutzen, im Einklang mit der Natur. Doch immer wieder werden Routen versperrt.

„Viele Verbotstafeln, die von privaten Waldeigentümern aufgestellt

werden, sind unrechtmäßig“ weiß KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: Obwohl der Österreichische Alpenverein als Wegehalter immer wieder kontrolliert, werden solche Schilder angebracht.



Wie Sikora erfahren hat, wurden auch in der Ragnitz und am Reinerkogel Wanderwege versperrt. Sikora lässt nicht locker und bringt das Thema im Gemeinderat erneut auf den Tisch.





AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

MELANWEG: GEFÄHRLICHES NADELÖHR

Der Melanweg, ein Nadelöhr zwischen der Hafnerstraße und dem Schwarzen Weg, gilt als beliebter „Schleichweg“ zum Shopping Center West. Seit der Erweiterung des Einkaufszentrums hat sich die Situation weiter verschärft. Eine Bürgerinitiative fordert von den Verantwortlichen nun rasches Handeln.

Christian Sikora machte das Anliegen auch in der Gemeinderatssitzung zum Thema. Verkehrsstadtrat Eustacchio (FP) sicherte zu, dass der Wunsch, am Melanweg und Teilen des Zahläckerweges eine Wohnstraße umzusetzen, noch heuer geprüft wird.



LASSEN WIR UNSERE STADT NICHT VERKOMMEN!



Die Verschmutzung mit Abfällen aller Art und das achtlose Wegwerfen von Zigarettenstummeln sind ein großes Ärgernis und vor allem abseits der Innenstadt ist es ein wirkliches Problem. KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** fordert nun, die Routenplanung der Reinigungstouren der Holding zu verbessern und eine Info-Kampagne für mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Abfällen. „Alle zahlen ihre Gebühren und Steuern. Daher haben alle Anspruch auf Sauberkeit in ihren Stadtteilen!“



meinderätin **Elke Heinrichs** fordert nun, die Routenplanung der Reinigungstouren der Holding zu verbessern und eine Info-Kampagne für mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Abfällen. „Alle zahlen ihre Gebühren und Steuern. Daher haben alle Anspruch auf Sauberkeit in ihren Stadtteilen!“

WAS KOSTET MEINUNGSFREIHEIT IN GRAZ?

Zwischen 70 und 90 Euro kostet es, einen Infostand in Graz anzumelden.

„Für kleine gemeinnützige Vereine oder Initiativen ist das viel Geld“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Sie forderte die Senkung der Gebühren für kleine Organisationen. „Demokratie darf nicht am Finanziellen scheitern“, so Taberhofer.



„Für kleine gemeinnützige Vereine oder Initiativen ist das viel Geld“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Sie forderte die Senkung der Gebühren für kleine Organisationen. „Demokratie darf nicht am Finanziellen scheitern“, so Taberhofer.



MOBILITÄTS- SCHECK BLEIBT.

Seit Jahresbeginn gibt es sie, die vergünstigte Jahreskarte um 228 Euro. Fast wäre ihr auch der Mobilitätscheck für Studierende zum Opfer gefallen wegfallen. „Viele Studierende kaufen sich lediglich eine Vier-Monats-Studienkarte, um die Monate des Wintersemesters zu überbrücken, fahren den Rest der Zeit – nicht zuletzt aus Kostengründen – allerdings mit dem Rad“, erklärte KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer**. Sein Antrag, den Mobilitätsscheck beizubehalten, wurde angenommen. Nur die FP stimmte dagegen.



STROM AUS HUNDEKOT

Ein Anreiz, den Kot der lieben Vierbeiner wegzuräumen: Das verspricht die Einführung eines Projektes, bei dem der Hundekot in speziellen Fermentern gesammelt und aus dem darin enthaltenen Methangas Energie gewonnen wird. In den USA und in Deutschland wird diese Methode bereits in diversen Hundeparks eingesetzt“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Martina Thomüller**. „Der auf diese Weise gewonnene Strom dient der Beleuchtung von Parkanlagen und Wegen.“ Umweltstadträtin **Lisa Rucker** lehnte es ab, dieses Projekt



in Graz zu realisieren. Die Kosten-Nutzen-Bilanz für die Stadt sei negativ.

FREIFAHRT AN ADVENTSAMSTAGEN? NICHT FÜR ALLE

Seit Jahren ist die Benützung von Bus und Tram der Graz Linien an den Adventsamstagen kostenlos. Viele Grazer können so ihre Weihnachtseinkäufe erledigen, ohne mit dem Auto fahren zu müssen. Jedoch sind nicht alle Teile von Graz durch die Graz Linien erschlossen.



Wer östlich der Endhaltestelle der Linie 1 in Ries oder Fölling wohnt, ist auf Regionalbusse angewiesen und kommt nicht in den Genuss der Aktion. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** forderte daher, dass die Aktion künftig auf dem gesamten Stadtgebiet gilt. Seitens des Verkehrsverbundes winkte man jedoch ab.



KPÖ-Gemeinderätin
Christine Braunersreuther

FÜR GUTES ZUSAMMENLEBEN

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Großunterkünften erschwert Zusammenleben und Integration. KPÖ-Familiensprecherin **Christine Braunersreuther**, forderte Familien mit Kindern und jugendliche Asylsuchende dezentral und gut betreut unterzubringen. „Integration und gutes Zusammenleben brauchen Rahmenbedingungen, die das auch möglich machen“, sagte Braunersreuther.



ANDRITZ

Rotmoosweg: Verkehrsberuhigung erforderlich !



Anwohner des Rotmooswegs beklagen, dass die 30er-Beschränkung kaum eingehalten wird und es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt. Da auch Schwerpunktaktionen der Polizei nichts nutzten, fordert die KPÖ Andritz seit langem verkehrsberuhigende Maßnahmen (teilweise Einengung der Fahrbahn). Auf

Wunsch des Bezirksrats wurde von der Abteilung für Verkehrsplanung ein Konzept ausgearbeitet. KPÖ-Bezirksrätin **Karin Reimelt**: „Leider haben sich der Bezirksvorsteher und Vertreter der Holding bei einer Verkehrsverhandlung vor Ort gegen diese Maßnahmen und wieder nur für verdichtete Geschwindigkeitskontrollen ausgesprochen.“

ST. PETER



Spielhaus und Sicherheitsgitter vor Kinderkrippe

Ein KPÖ-Antrag zur Errichtung eines Sicherheitsgitters vor der GIP-Kinderkrippe in der St. Peter Hauptstraße 95 wurde im Bezirksrat St. Peter einstimmig angenommen. KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter **Gert Kosmus**: „Durch den Schutzbügel wird verhindert, dass die Kinder beim Verlassen des Kindergartens direkt auf die Straße gelangen können. Besonderer Dank für die rasche Ausführung des Antrags gilt Herrn Andreas Greiner vom

Straßenamt.“ Darüber hinaus finanzierte der Bezirksrat ein Spielhaus für den im September eröffneten Kindergarten.

E-Herd

Aufgrund einer Initiative von KPÖ-Bezirksrat Gert Kosmus hat der Bezirksrat St. Peter einstimmig beschlossen, den Ankauf eines neuen E-Herdes für den Kindergarten MOMO in der Karl-Schönherr-Gasse mit einer Subvention von 400 Euro zu unterstützen.

GRIES

Lebensqualität in Graz: Studie öffentlich machen!

Im März 2014 präsentierte Bürgermeister Nagl die Lebensqualitäts-Indikatoren-Studie für die Stadt Graz. Bezirksvorsteherstellvertreterin **Gerti Schloffer**: „Interessant wäre nun, diese Studie genauer für die jeweiligen Bezirke anzuschauen.“ Daher hatte Schloffer schon im vorigen Frühjahr mittels Antrag im Bezirksrat von der zuständigen Magistratsabteilung gefordert, die Studie öffentlich vorzustellen und von der Bevölkerung diskutieren zu lassen. Aber, so stellt sie verärgert fest: „Es gibt bis heute keinen Termin für eine öffentliche Info-Veranstaltung, weder im Bezirk Gries noch woanders. Wieder scheint eine Studie in der Lade dahinzuschlummern.“ Wichtig wäre aber, dass die Studien nicht nur erstellt, sondern auch, dass sie der Bevölkerung vorgestellt werden und öffentlich diskutiert werden.

ST. PETER

Veranstaltung St. Peter
**Gasthaus
Kirchenwirt
Informations-
abend der Polizei**

Do. 22.1.2015, 17 Uhr

**Bezirkskontaktbeamter
Gruppeninspektor
Wolfgang Grein und
Chefinspektor Michael
Kosmus, Leiter der
AGM Dienststelle** (Fremdenrecht und Schwerpunkteinsätze) geben Auskunft über die Arbeit der Polizei im Bezirk und Kriminalität und Betrug im Internet (Cyberkriminalität).

STRASSGANG/PUNTIGAM

Hafnerstraße: Gehsteig-Lückenschluss umsetzen !

Die Hafnerstraße verbindet die Bezirke Strassgang und Puntigam, führt durch stark verbautes Wohngebiet und dient vielen Anrainern als Zugang zu einer kleinen Erholungszone (Heimgartenanlagen Mayffredy und „Frohe Zukunft“, öffentlicher Spielplatz). Zwischen dem Staudenweg und

dem Spielplatz der Stadt Graz kommt es wegen fehlenden Gehsteigs täglich zu gefährlichen Verkehrssituationen. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Ich habe im Gemeinderat bereits 2012 einen Antrag zur Schließung der Gehsteiglücke gestellt, geschehen ist von den Verantwortlichen bisher nichts !“

STRASSGANG

Haltestelle Graz-Webling und kein Ende

Erst kürzlich konnten wir über den so wichtigen Erhalt und den sicheren Ausbau des Bahnübergangs in der Trattfelderstraße in Graz-Webling berichten. Leider hat die GKB nun entlang des Bahndamms zwischen Grillweg und Kärntnerstraße im Bereich Ludwig-Benedek-Gasse mit der Errichtung eines Zauns begonnen. Die S-Bahn-Haltestelle Webling ist so nicht

mehr ohne kilometerlange Umwege erreichbar: „Dabei war die Haltestelle auf dem provisorischen Gehweg entlang der Bahntrasse gefahrlos und binnen weniger Minuten für alle zu erreichen“, schüttelt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** den Kopf. Sikora fordert die sofortige Rücknahme dieser baulichen Maßnahme und die Errichtung eines sicheren Gehwegs entlang der Bahntrasse.

LEND

Buhngasse: Beleuchtung und Bodenmarkierung



Die von den KPÖ-Mandataren **Wolfgang Gollner** und **Christian Carli** im Bezirksrat eingebrachten und einstimmig angenommenen Anträge betreffend Buhngasse werden vom Straßenamt umgesetzt. Einerseits werden ab dem Frühjahr die „dunklen Stellen“ der

Buhngasse durch eine neue Straßenbeleuchtung erhellt, andererseits wird im östlichen Teil eine Bodenmarkierung für Fußgänger aufgetragen. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Carli: „Unser Dank gilt den Mitarbeitern des Straßenamtes für ihr rasches Handeln.“



GEIDORF



Renaissance für Refektorium Rosenhain

Schon lange ist es eine Ruine, das Refektorium am Rosenhain. Nun soll es unter strengen Auflagen des Denkmalschutzes wiederbelebt und von der Universität genutzt werden. Neben Seminar- und Büroräumlichkeiten sollen, wie schon in der Leechwaldvilla für die TU, Wohnungen für Gastprofessoren entstehen. Eine Zufahrt mit dem Auto wird weiterhin nicht möglich sein, lediglich einen Behinder-

tenparkplatz wird es geben. „Die Jesuiten, denen das Gebäude als Rückzugs- und Erholungsort gedient hat, haben das Bildungswesen in Graz geprägt. Schön, dass an diesem geschichtsträchtigen Ort Wissen und Entspannung wieder zusammenfinden sollen“, freut sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Hanno Wisiak** (KPÖ), der während seines Studiums auch immer wieder am Rosenhain gelernt und gerastet hat.

50 PLUS
Turngruppe
IM VOLKSHAUS

„Wer rastet der rostet“

Die Turngruppe „Wer rastet der rostet – Turnen für alle über 50“ startet ins Frühjahr: Ab Montag, 28. 3. 2015, 14 Uhr wird wieder geturnt, und zwar im kleinen Saal im Volkshaus (1. Stock), Lagergasse 98a. Interessierte sind herzlich willkommen.
Infos: 0664/8738 448 (Inge Arzon) oder 0664/6479 395 (Gerti Schloffer).

MARIATROST

Thema Flächenplanung

Großer Andrang herrschte bei der Mariatroster Bezirksversammlung vom 29.11. vorigen Jahres. Die massive Verbauung entlang der Mariatroster Straße erfüllt viele Menschen im Bezirk mit Besorgnis, weil verstärkte Verkehrsbelastung durch Individualverkehr und erhöhte Luftverschmutzung zu be-

fürchten sind. Um das Angebot des öffentlichen Verkehrs zu verbessern, fordert die KPÖ eine Verlängerung der Linie 58 bis Fölling. KPÖ-Bezirksrat **Helmut Schwab** will darauf achten, dass eine genaue Kontrolle der Flächenwidmungsplanung, die im Frühjahr vorgelegt werden soll, erfolgt.

Schleichweg Dr. Eckener Straße

Die Dr.-Eckener-Straße zwischen Mariatroster Straße und dem Unteren Plattenweg dient als Schleichweg zwischen Oberandritz und Mariatrost, aber auch als Zufahrt zu Buschenschenken auf der Platte. Dabei wird oft die 30er Zone ignoriert. Das ist besonders für Schulkinder,

die täglich in Richtung Mariagrün zur Schule müssen, gefährlich. „Ich hoffe, dass bald geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung umgesetzt werden. Die Eltern von Schulkindern könnten dann ein wenig aufatmen!“, so Gemeinderat Christian Sikora.

WETZELSDORF

Straßensperren gehen weiter!

Über 170 Mal ging die überparteiliche Bürgerinitiative für ihr Anliegen schon auf die Straße. Seit November 2013 kämpfen die Aktivbürger mit Demonstrationen und Straßensperren in der Wetzelsdorfer Straße gegen die **Baurestmassendeponie in Thal**. „Wir sind noch immer voller Mut und Wut. Wir gehen solange auf die Straße, bis der Skandal ein Ende hat“, kündigt Organisatorin **Waltraude Hollerer** an.

Die KPÖ-Gemeinderäte **Christian Sikora** und **Kurt Luttenberger** unterstützen die hartnäckigen Bürgerproteste unvermindert. „Das unermüdliche Engagement ist vorbildhaft. Die Stadt Graz braucht mehr Leute, die sich so aktiv für ihre Anliegen einsetzen, nur so kann etwas erreicht werden“, betont Sikora.



Am 28. Jänner gibt es von 9 bis 10 Uhr wieder eine Demonstration vor dem Landhaus.



Aus für Traminer Weinstube

Mit Jahresende ging eine Ära in Jakomini zu Ende: Das Traditionslokal „Traminer Weinstube“ musste nach dem Druck des Hausbesitzers weichen. Die Mietkosten waren derart in die Höhe geklettert, dass die Traminer, die auf Nachhaltigkeit und leistbare Preise setzte, nicht mehr mithalten konnte. Schweren Herzens hat sich die Familie Fauser, die über 80 Jahre lang Generationen von Gästen in der Klosterwiesgasse verköstigte, entschlossen, die Pforten für immer zu schließen.

KPÖ-Bezirksrat **Lubomir Surnev**: „Die Immobilienbesitzer denken kurzfristig. Die Liegenschaft erfährt durch die höheren Mieten vielleicht kurzfristig eine Wertsteigerung. Auf längere Sicht werden die Immobilie und die umliegenden Gebäude jedoch weniger wert sein, wenn Mieter ständig wechseln oder wenn lange Leerstände überhand nehmen, wie das bereits jetzt rund um den Jakominiplatz immer wieder geschieht.“ Aus diesem Grund fordert die KPÖ Jakomini eine Abgabe für leer stehende Immobilien. Surnev: „Wenn es für Immobilienbesitzer unrentabel wird, langjährige Mieter rauszuwerfen, kann künftig verhindert werden, dass, wie im Fall der Traminer Weinstube, ein unverwechselbares Stück Graz verloren geht.“

Ideen und Anregungen für Bezirks-Themen (alle Bezirke) bitte an KPÖ-Bezirkssprecher **Christian Carli**:
Tel. 0681 / 10 7632 98
E-Mail: christian.carli@gmx.at

BEGINN UND ENDE EINER SPIELERKARRIERE IN DER STEIERMARK, TEIL 2

„Verloren und ohne Perspektive“

Im letzten Heft erzählte ein Spieler, wie er durch seine Spielsucht seine Arbeit, seine Familie, seine Existenz verloren hat. Schließlich hat ihn seine Sucht sogar ins Gefängnis gebracht. Mit seiner Beschreibung, wie es dazu kam, möchte er andere warnen, damit sie nicht dieselben Fehler begehen und ins Verderben rennen.

Im ersten Teil habe ich beschrieben, wie ich bei meinem ersten Besuch im Casino den Jackpot geknackt habe, das Geld dann nach und nach wieder verspielt habe und schließlich im Gefängnis gelandet bin. 2010 wurde ich wieder entlassen. Vorher hatte ich mich im Casino sperren lassen.

Durch die Sperre im Casino fühlte ich mich „sicher“ vor dem Automatenenspiel. Mir war es wohl geläufig, dass man in verschiedenen schmutzigen Spielstätten auch an Automaten spielen konnte, doch mied ich diese Lokale. Es sei ja nur ein „kleines Glücksspiel“, und wenn ich im richtigen Casino schon verliere, wird es dort noch viel schlimmer sein.

Rückfällig

Eines Tages im Jänner 2010 ging ich schließlich doch mit einer

Mischung aus Neugier und dem für mich unbestimmbaren Kribbeln im Bauch in eine dieser Spielstätten. Ich wusste nicht, dass ich längst abhängig war – neugierig sein, kontrolliert spielen, das müsste doch möglich sein! Zu diesem Zeitpunkt war ich beruflich auf einem guten Weg. Dass ich 2000 Euro meines verdienten Geldes in der Tasche hatte, erhöhte die Verlockung. Das schaffte Ruhe und Zufriedenheit. Einmal probieren, das kann doch nicht so schlecht sein. Und irgendwie wollte ich diese Erfahrung mit dem kleinen Glücksspiel auch machen.

Mein erster Gedanke war: Mit 50 Cent Einsatz kann ich auch nicht viel verlieren... So ging ich hinein und hielt einige Münzen parat. Gleich am ersten Automaten fiel die erste Münze durch, ich warf eine andere ein, auch die fiel durch.

Bei drei, vier Automaten dasselbe, mit Münzen kann man hier nicht spielen, dachte ich. Also schob ich 50 Euro in den Schlitz. Der Fünfiger schnell weg. Es folgten ein zweiter und ein dritter. Ich spielte weiter und wollte nur meine 150 Euro zurück. Ich schließlich schob ich die ganzen 2000 Euro in den Automaten und war nicht einmal eine Stunde dort. All mein Geld war weg und ich war über mich selbst entsetzt.

Freundin hintergangen

Im September 2010 war meine Freundin für ein paar Tage verreist. In der gemeinsamen Wohnung fand ich einige tausend Euro. Geld, welches sie angespart hatte. Ich wollte meiner Freundin das Geld nicht stehlen, ich wollte für uns etwas dazugewinnen. Doch das Geldbündel schrumpfte gegen Null.

Dann verlor ich auch ihren Schmuck. Ich begriff nur langsam, was ich da angerichtet hatte.

Verurteilt

Ich wurde schließlich zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nun bin ich im Gefängnis. Verloren und ohne



Zukunftsperspektiven. Manchmal denke ich mir, schade dass ich kein Tiroler bin oder Salzburger. Dort gibt es keine Automaten bzw. sie wurden verboten. Dort wäre ich nicht aus Neugier verlockt worden und mit Sicherheit nicht im Gefängnis, hätte Freunde, Freude und ein Leben, welches ich nicht verspielt hätte. „Wetten, Sie gewinnen...“ heißt es in der Werbung. Wetten, Sie verlieren!

Der Autor ist dem Grazer Stadtblatt namentlich bekannt.



Seit Jahren macht die KPÖ mit Aktionen auf die Suchtproblematik aufmerksam. Nächster Termin: 9. Februar 2015, 10:30, Herrengasse, Landhaus

Jugendliche über Gefahren aufklären

Im größten Bundesland, Wien, ist das kleine Glücksspiel seit Jahresanfang verboten. Dagegen haben uns SPÖ, ÖVP und FPÖ in der Steiermark das liberalste Glücksspielgesetz Österreichs beschert. Ab 2016 darf in unserem Bundesland an Automaten mit den höchsten Einsätzen gespielt werden. Die Spielsucht nimmt weiter zu. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, Jugendliche über die Gefahren der Spielsucht rechtzeitig aufzuklären. Die KPÖ hat deshalb einen Antrag an den zuständigen Landesrat Schickhofer eingebracht, in dem eine Aufklärungskampagne an steirischen Schulen vorgeschlagen wird.



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „45 Prozent der Spielsüchtigen waren jünger als 18, als sie mit dem Spielen begonnen haben. Die Folgen der Spielsucht sind den Jugendlichen kaum bewusst. Eine Aufklärungskampagne an den Schulen ist dringend notwendig, nachdem ab 2016 leider um noch höhere Beträge gespielt werden darf.“

Mo. 9. Februar, 10:30 Protestaktion vor dem Landhaus



Für Ausstieg aus dem kleinen Glücksspiel

Wir laden dazu ein der steirischen Landesregierung (SPÖ, ÖVP und auch FPÖ, die das Gesetz unterstützt hat) mitzuteilen, dass wir für ein Verbot der Mini-Casinos eintreten. Mo. 9. Februar, 10.30 bis 12 Uhr. Die Stadt Wien hat mit dem Verbot des Automatenspiels (seit 1.1. 2015) gezeigt, was möglich ist.

STEIRISCHES LANDESBUDGET:

Für Schuldenschnitt bei öffentlichen Haushalten

Die Steiermark spart. Nicht überall. Es gibt aber Beispiele für die Freigiebigkeit des Landes Steiermark. Etwa bei der Therme Bad Gleichenberg, die nach 13 Mio. Euro an Investitionen um 500.000 Euro verkauft wurde. Für Beratungsfirmen wurde ein zweistelliger Millionenbetrag ausgegeben. 2012 wurde bekannt, dass unter Landesrätin Edlinger-Ploder, den Universitätskliniken 76,2 Mio. Euro entgangen sind, weil diese vom Bund nicht eingefordert wurden.

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen, ist ein **Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten**. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und die Kaufkraft erhöhen. Zumindest ist es höchste Zeit für das Aus-

setzen der Zinszahlungen. Überall wird gekürzt, nur die Zahlungen an die hoch subventionierten und staatlich gestützten Banken werden nicht in Frage gestellt.

Besondere unverfroren: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht wertangepasst oder sogar verschlechtert wurden, gibt es bei der Parteienförderung eine automatische Wertanpassung der Fördergelder.

Voves kündigt weitere Sparpakete an

„Das ist nur die erste Etappe, es sind noch viele Aufgaben zu erledigen“, sagte Landeshauptmann Franz Voves. So werde es auch in den Jahren bis 2018 notwendig sein, weitere Hunderte Millionen einzusparen. (Kleine Zeitung, 25.9.2014)

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPO im Landtag

Es geht auch anders!



Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, heißt es. Das Budget für die Steiermark wurde im Dezember im Landtag beschlossen. Dabei hat sich ganz genau gezeigt, welche Parteien für welche Politik stehen.

Wahlprogramme und Plakate sind immer zuckersüß. Die Politik, die dann gemacht wird, schmeckt aber oft sehr bitter.

„Der Weg war schmerzvoll aber richtig“, meinte die SPÖ-Finanzlandesrätin Volath. Aber für wen war er richtig? 45.000 Kinder leben in der Armutsgrenze. Bei ihnen wurde ebenso gekürzt wie bei Schulen und Krankenhäusern. Für pflegebedürftige Angehörige wurde eine Steuer (der Regress) eingeführt – und erst auf großen Druck wieder abgeschafft. Der öffentliche Verkehr wurde in nur zwei Jahren um 11 Prozent verteuert. Gebühren und Tarife werden automatisch jedes Jahr erhöht. Viele können sich das Leben kaum noch leisten. Der Kahlschlag und das Drüberfahren werden nach der Landtagswahl im Herbst weitergehen, wenn SPÖ und ÖVP wieder eine Mehrheit haben. Und das großteils mit den Stimmen der FPÖ, die sich gerne „sozial“ nennt. Ganz einträchtig stimmten Rot, Schwarz und Blau gegen öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime – und machten so der Profitmacherei die Mauer. Auch eine Verbesserung der Wohnbeihilfe lehnten die

Freiheitlichen ab. Sie stimmten gegen das Topticket für Studierende, das im Grazer Gemeinderat noch von allen Parteien einstimmig gefordert wurde. Für eine Senkung der Politgehälter im Land stimmte überhaupt nur die KPÖ.

Das alles ist zwar wenig überraschend, aber trotzdem traurig für die Steiermark. Viele Menschen haben schon vergessen, dass Politik nicht immer nur auf Kosten der Bevölkerung gemacht werden muss.

Dass es auch anders geht, haben Elke Kahr und die KPÖ in Graz unter Beweis gestellt. In der Landeshauptstadt wurde ein Budget beschlossen, bei dem nicht die Interessen von Wirtschaftseliten, sondern die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Budgetbeschlüsse zeigen: Je stärker die KPÖ, desto sozialer die Politik.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Zynismus beim Pflegegeld So leben Betroffene

Wenig Geld, mühsamer Alltag. Davon ist das Leben von Pflegegeldbeziehern geprägt. Die Bundesregierung kümmert das nicht. Seit Jänner gibt es weitere Einschränkungen.

„Wenn ich einkaufen gehen will, rufe ich meinen Betreuer an“, erzählt Cornelia S. (Name geändert). Eine gute Planung ist notwendig, da die Wohnassistenz nur eine begrenzte Stundenanzahl umfasst.

Der Alltag

Cornelia S. bezieht „Hilfe zur Deckung des Lebensunterhalts“ und 154,20 Euro Pflegegeld der Stufe 1. Die meiste Unterstützung, um den Alltag zu bewältigen, bekommt Frau S durch Freundinnen und Nachbarn. Anders wäre das Allein-Leben mit dem wenigen Geld wohl nicht denkbar. „Ich muss halt immer schauen, wie ich

alles organisiere“, sagt sie. Mit ein bisschen Geduld funktioniert das.

Das knappe Geld wird genau eingeteilt. Frau S. hat zwei Katzen „Sie sind meine besten Therapeuten!“, lacht sie. „Den Kratzbaum“, sagt sie stolz und zeigt auf einen beigefarbenen Katzenkratzbaum „habe ich mir zusammengespart!“ Zum Mittagessen geht sie meist ins Marienstüberl. „Das ist billig, da gibt es immer ein gutes Essen und nach einer Andacht sogar noch einen Kaffee“, erzählt Frau S. Wann sie Hilfe zum Putzen holt, muss Cornelia S. sich gut überlegen. „Jede Woche geht nicht. Das kann ich mir nicht leisten!“

Manchmal würde Frau S. gerne rausfahren aus der Stadt. „Aber das ist zu teuer für mich!“

Die Fakten

2016 soll das Pflegegeld um zwei Prozent erhöht werden. Doch dieses Almosen der Bundesregierung

schmeckt bitter, denn bereits seit 1. Jänner 2015 gelten verschärfte Zugangsvoraussetzungen zum Pflegegeld. Genügten bis 2011 noch 50 Stunden

Pflegebedarf und waren es bis Ende 2014 immerhin noch 60, so muss seit Jahresanfang ein Pflegebedarf von 65 Stunden als Voraussetzung für einen Pflegegeldbezug der Stufe 1 nachgewiesen werden.

Durch die erschwerten Zugangsvoraussetzungen fallen immer mehr Menschen aus dem Pflegegeldbezug!

Auch bei der Pflegestufe zwei gibt es Verschärfungen. Seit heuer braucht man einen monatlichen Pflegebedarf von 95 Stunden, damit man Pflegegeld der Stufe zwei in Höhe von 284,30 Euro beziehen kann. 2010 waren es noch 75!



Eine regelmäßige Teuerungsanpassung beim Pflegegeld wäre dringend notwendig, damit Pflegebedürftige nicht in die Armut abrutschen

Auf dem Rücken der Schwächsten

„Diese Vorgehensweise ist Zynismus!“, ist KPÖ-Gesundheits-sprecherin Elke Heinrichs empört. „Eine staatliche Kürzungsmaßnahme wird auf dem Rücken der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft ausgetragen!“ Heinrichs weist darauf hin, dass die Erhöhung der Pflegegeldleistungen um 2 Prozent im nächsten Jahr nicht einmal die Inflation für zwei Jahre abgelenkt wird.

„Anstelle dieser lächerlichen einmaligen Erhöhung wäre es dringend notwendig, endlich eine Wertanpassung beim Pflegegeld einzuführen, wie sie heute schon Bestandteil jedes Miet- und Versicherungsvertrages ist“, so die Gemeinderätin.

Zukunft ungewiss

Frau S. arbeitet in einer Werkstätte. Dafür bekommt sie Taschengeld, 60 Euro im Monat.

Ob sie weiterhin Pflegegeld beziehen wird, weiß sie nicht. „Wenn es sich finanziell nicht mehr ausgeht, muss ich ins Heim gehen“, sagt Frau S. schlicht. Dann wäre sie wieder versorgt, „aber das ist ja das Gegenteil von Inklusion, oder?“, bemerkt sie.

Ob sie Angst vor der Zukunft hat? „Ich bin optimistisch! Ich kann ja eh nix tun“, sagt Cornelia S., packt die Zeitung in die Tasche auf ihrem Rollator und macht sich auf den Weg zur Werkstätte.



Heiße Suppe gegen soziale Kälte. Die überparteiliche Plattform 25 protestierte am 16. Dezember gegen das Landesbudget, das den sozialen Kahlschlag der vergangenen Jahre fortsetzt.

Um auf die Zunahme der Armut als Folge dieser Politik aufmerksam zu machen, verteilte die Plattform 25 heiße Suppe an Passanten. „Was Voves und Schützenhöfer als Reformpolitik zur Budgetsanierung anpreisen, ist in Wahrheit der brutalste Sozialabbau, den es in Österreich in den letzten Jahrzehnten gegeben hat“, betonte Plattform-Sprecher Gerhard Zückert.

Teurer Franken: Schweiz zieht Notbremse

Der Schweizer Franken ist teurer geworden. Was bedeutet das für uns in der Steiermark?

Vor allem eines: Die Eurokrise ist noch lange nicht vorbei. Sie hat sich im Gegenteil in den letzten Wochen verschärft. Deshalb hat die Schweizer Nationalbank die Notbremse gezogen. Sie kann die nationalen Interessen schützen, weil die Schweiz nicht in der EU ist.

Österreich kann solche Maßnahmen nicht mehr ergreifen.

44 Millionen mehr Schulden von heute auf morgen

Und deshalb gibt es sehr negative Folgen für viele Menschen bei uns: Die Schulden für Frankenkredite sind auf einen Schlag um 20 Prozent gestiegen. Und die Verschuldung des Landes Steiermark ist von einem Tag auf den anderen um 44 Millionen Euro gestiegen, weil auch das Land Frankenkredite laufen hat. Das bringt das Budget in Unordnung.

Viel schwerer trifft das aber die österreichischen Banken. Österreichische Institute wie Raiffeisen oder Erste und ihre Töchter haben in Osteuropa Kredite im Wert von 230 Milliarden Euro ausständig - 40 Prozent davon in Fremdwährungen. Österreichs Banken tragen ein höheres Risiko in der Region und sind zudem schwächer kapitalisiert. Das schreibt die Zeitung Der Standard.

Wir leben in stürmischen Zeiten. Niemand weiß, welche Entscheidungen die EU von einem Tag auf den anderen treffen wird. Eines ist dabei aber sicher. Es wird dabei um die Interessen des Kapitals gehen und nicht um die Lebensumstände der Mehrheit der Bevölkerung.



EU: Ganz oben wird kassiert

Die EU setzt in allen Mitgliedsstaaten Sozialabbau, Belastungen und Pensionskürzungen durch. Sie ist mitverantwortlich dafür, dass die Menschen immer weniger Geld zum Leben haben. Gleichzeitig leben die Spitzenleute der EU in Saus und Braus.



Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main

Foto wikicommons

Drei Beispiele:

Herman Van Rompuy. Dieser belgische Politiker war fünf Jahre lang EU-Ratspräsident. Jetzt hat man ihn in Pension geschickt. Dieser Ruhestand wird ihm vergoldet. So wird er in den kommenden drei Pensionsjahren rund 758.000 Euro kassieren. Diese Summe setzt sich so zusammen: Bis Ende 2017 bekommt er 55 Prozent seines Grundgehalts weiter – das sind rund 169.000 Euro. Außerdem erhält Van Rompuy eine EU-Pension in der Höhe von jährlich rund 66.000 Euro. Und als Abfertigung gibt es für ihn eine einmalige Zahlung in Höhe von rund 26.500 Euro.

Martin Schulz. Das ist der Präsident des EU-Parlaments, ein deutscher Sozialdemokrat, der sehr viel von sozialer Gerechtigkeit redet. Er hat inklusive aller Zulagen ein Monatseinkommen von 26.892 Euro brutto. Von diesem Riesengehalt zahlt er fast keine Steuern, weil die EU von den nationalen Steuerregeln befreit ist. Sein Nettogehalt kommt auf 24.034 Euro – im Monat, wohl gemerkt!

Europäische Zentralbank. Die EZB macht eine Geldpolitik für die großen Finanzkonzerne und gegen die kleinen Sparer. Für sich selbst ist den Bankmanagern aber nichts zu teuer. Das neue EZB-Hochhaus in Frankfurt am Main hat 1,3 Milliarden Euro gekostet! Zahlen müssen das die Steuerzahler in den EU-Ländern.

Raus aus der EU!
SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

© jacartoon fotolia.com

Neutralität hat Vorrang!

„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“

Gedanken zu Ursachen und Folgen des Terroranschlages von Paris

Das barbarische Attentat auf die Mitarbeiter der fortschrittlichen Satirezeitschrift „Charlie hebdo“ in Paris hat die Menschen erschüttert. Es ist schwer, die richtigen Worte zu finden. Ganz oben müssen dabei die Solidarität mit den Opfern und die Verteidigung der Werte der Aufklärung stehen.

Solidarität

Solidarität mit den Opfern dieses blutigen Anschlages hat für die KPÖ eine besondere Bedeutung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Charlie Hebdo waren aktive Mitstreiter für unsere Sache. Sie haben regelmäßig an den Pressefesten der KP-Zeitung „Humanité“ teilgenommen. Der ermordete Karikaturist Wolinski war Ehrenvorsitzender von Cuba Si France, andere haben die Bewegung gegen EU und Euro unterstützt.

Die Bluttat von islamistischen Klerikalfaschisten hat nicht das Establishment getroffen, sondern Menschen, welche die herrschende Gesellschaftsordnung mit den Mitteln der Satire grundlegend in Frage gestellt haben. Ist das ein Zufall?

Wenn nun allenthalben Schilder gezeigt werden, auf denen steht „Wir alle sind Charlie“, dann geht das einher mit dem Ausblenden



der Tatsache, dass viele Stützen der Gesellschaft, die jetzt medial Solidarität zeigen, nichts, aber auch gar nichts mit den Anliegen von „Charlie Hebdo“ zu tun haben.

Die nun von diesen Leuten beschworene Front zur Verteidigung „europäischer Werte“ dient auch zur Legitimation weiterer Angriffe

auf soziale und demokratische Rechte im Namen des Kampfes gegen den Terror.

Schlaf der Vernunft

Es genügt aber nicht, diese Tatsache bloß aufzuzeigen. „Der Schlaf der Vernunft erzeugt Ungeheuer“: Das ist der Titel eines graphischen Werkes des spanischen Künstlers Francisco de Goya. 1799 erschienen, hat dieses Blatt großes Aufsehen erregt. Und ist aktueller denn je. Denn wir alle müssen uns fragen, was die Ursache dafür ist, dass Bewegungen wie die faschistische Gruppe IS gerade jetzt wüten, während es im 20. Jahrhundert lange so schien, als ob der Geist der Aufklärung und der sozialen Gerechtigkeit vorherrschen würden.

Das Fehlen einer rational begründeten gesellschaftlichen Alternative zum Ausbeutungs- und Herrschaftssystem des Kapita-

lismus erzeugt Bewegungen wie den islamistischen Terrorismus, aber auch fremdenfeindliche, ausgrenzende, menschenverachtende Gruppen in den Hauptländern des Kapitals. Beide verbindet bei einem genaueren Blick mehr, als sie trennt. Sie beantworten die soziale Frage autoritär und gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Es sind Weltbilder, die auf der Ungleichheit von Menschen beruhen. Die scheinen einfache Antworten auf die Krise zu geben und lenken von den tatsächlich Verantwortlichen für Arbeitslosigkeit, Elend und Krieg ab.

Internationales Umfeld

Die Portugiesische Kommunistische Partei stellt in ihrer Erklärung zum Massaker in Paris fest: Diese Verbrechen können nicht von einem internationalen Umfeld getrennt betrachtet werden, das von Einmischung der USA und der EU in souveräne Staaten und auch durch Aggressionen wie gegen den Irak, Syrien oder Libyen bestimmt wird. Dabei werden Konflikte bewusst geschürt und rechtsextreme Kräfte ermuntert. Vergessen wir nicht: Während in Paris 12 Menschen dem Terror der islamistischen Klerikalfaschisten zum Opfer gefallen sind, haben Gesinnungsgenossen dieser Verbrecher in Nigeria, in Syrien oder im Irak buchstäblich am selben Tag hunderte unschuldige Menschen umgebracht.

Das ist eine Realität, die auch und gerade in den Mitgliedsstaaten der EU von einem Anstieg der Ausbeutung und dem Ausschluss aus der gesellschaftlichen Teilhabe begleitet wird.

Wer wirklich gegen die Ursachen solcher Verbrechen wie in Paris kämpfen will, der muss diesen Trend umkehren und für Frieden, Völkerverständigung, für Demokratie und für sozialen Fortschritt eintreten.

Franz Stephan Parteder

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

Eine Welt ohne Bargeld?

Negativzinsen und totale Überwachung

Sie lassen nicht locker: Die Werbung für bargeldloses Zahlen läuft auf Hochtouren. Dahinter steckt ein Konzept der Herrschenden.

Bargeld soll durch elektronisches Geld ersetzt werden. Das würde den Regierungen und den Banken viel bringen: Die lückenlose Kontrolle aller Geldbewegungen aller Menschen und die Möglichkeit, Negativzinsen für jeden durchzusetzen. Echtes Geld muss man nicht auf die Bank tragen. Digitales Geld kann mit einem Knopfdruck abgezogen werden.

Das ist keine Horrorvorstellung aus einem Zukunftsroman. Darüber wird ernsthaft nachgedacht. Die deutsche Zeitung „Die Welt“ berichtet: „Starökonom wirbt für eine Welt ganz ohne Bargeld.“

Geldabnahme wie durch Zauberhand

Harvard-Professor Ken Rogoff will Münzen und Scheine einstampfen lassen. Der radikale Bruch soll den Notenbanken helfen, Strafzinsen für Sparer zu verhängen.“ (21.11. 2014) „Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln“, sagte er bei einer Gastvorlesung in München. „Papiergeld ist das entscheidende Hindernis, die Zentralbank-Zinsen weiter zu senken. Seine Beseitigung wäre eine sehr einfache und elegante Lösung für dieses Problem.“

Rogoff ist nicht irgendjemand. Er war früher Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF). Und er steht mit seiner Meinung nicht allein. In Ländern wie Schweden wird bereits intensiv an der Abschaffung des Bargeldes gearbeitet.

Und Miles Kimball, Professor an der Universität Michigan, schlägt die Einführung des elektro-



nischen Geldes für das Krisenland Japan vor. Sein Argument ist dabei die Einführung von Negativzinsen.

Wie durch Zauberhand würde den Leuten ihr Geld genommen werden. Was wir derzeit schon anhand der Gebühren für Girokonten und Transaktionen bemerken, würde zum selbstverständlichen Recht der Superstaaten wie EU oder USA werden.

Der Mensch als Objekt von Staat und Banken

Der frühere Chefökonom der EZB und der Bundesbank, Otmar Issing, warnt deshalb vor einer Aufgabe des Bargeldes. „Damit

wäre eine große Lücke in der Möglichkeit der totalen Überwachung des Bürgers geschlossen.“ Schon häufiger sei es zu Missbrauch gekommen, etwa während der Naziherrschaft, als auf den Besitz von ausländischen Devisen die Todesstrafe stand, warnte der frühere Währungshüter.

Die KPÖ geht nicht so weit wie dieser konservative Wissenschaftler, Bargeld als „geprägte Freiheit“ zu bezeichnen. Wir warnen aber ebenfalls vor dem Kontroll- und Überwachungswahn, der die Menschen auch beim Geldausgeben zu Objekten von Staat und Banken machen soll.



Geschichte des Geldes

Geld ist notwendig, um Waren kaufen und verkaufen zu können. Es ist nach Karl Marx ein „allgemeines Äquivalent“, also die einzige Ware, deren Gebrauchswert darin besteht, einen Tauschwert zu haben.

Im 7. Jahrhundert v.u.Z. entsteht das erste Geld in Form von einfachen Goldklumpen. König Krösus von Lydien (auf dem Gebiet der heutigen Türkei) prägte wenig später die ersten einheitlichen Münzen. Nach und nach verbreiteten sich diese über den gesamten Mittelmeerraum.

Papiergeld kommt zum ersten Mal im 7. Jahrhundert in China auf. In Europa ist es erst ab Ende des 15. Jahrhunderts bekannt, zunächst als Ersatz bei Münzknappheit. 1661 gab die Stockholmer Bank erstmals offizielle Banknoten heraus.

Jetzt soll das physische Geld verschwinden.



GRAZER Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.



2015: 70 Jahre Befreiung vom Nazi-Faschismus

2015 feiern wir 70 Jahre Befreiung Österreichs von der deutschen Gewaltherrschaft. Anlass, all jener aus Österreich und vielen anderen Ländern stammenden Menschen zu gedenken, die ihr Leben für ein freies Österreich opferten.

„Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“

Die letzten Opfer der nationalsozialistischen Justiz in Graz vor 70 Jahren

Vor 70 Jahren saßen im Landesgericht Graz Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, die von den nationalsozialistischen Gerichten wegen ihrer Aktivitäten gegen das Regime zum Tode verurteilt worden waren.

Frieda Hauberger

Eine von ihnen war Frieda Hauberger aus Kapfenberg, die in einem Interview 1988 berichtete, wie sie nach der Urteilsverkündung in die Zelle 57, die „Todeszelle“ im Landesgericht, gebracht worden war, wo sieben Betten standen: „Immer wieder habe ich Zuwachs bekommen. Da war einmal die Leitner Anni aus Judenburg, dann kamen drei Frauen aus Kärnten, dann eine Mutter von drei Kindern. Wenn man alle umgebracht hatte, war ich wieder alleine.“ Die genannten Frauen unterstützten die Partisanengruppen im obersteirischen Judenburg bzw. im Kärntner Lavanttal und wurden im Jänner 1945 im Keller des Landesgerichts in Graz hingerichtet.

Frieda Hauberger war am 20. April 1944 gemeinsam mit anderen Mitgliedern einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Kapfenberg verhaftet worden. Sie hatte seit Herbst 1943 einen Kurierdienst zu den slowenischen Partisanen nach Laško aufgebaut, wohin sie 1944 gefährdete steirische Widerstandskämpfer gebracht und auf dem Rückweg Sprengstoff mitgenommen hatte, mit dem auf der Bahnstrecke zwischen Kindberg und Kapfenberg die Schienen gesprengt wurden.

Während ihr Mann, Otto Hauberger, im Zuge der Festnahme angeschossen worden war und angeblich zwei Wochen später in Haft Selbstmord begangen haben soll,

wurden Frieda Hauberger sowie ihre Mitstreiter Maximilian Haitzmann und Franz Büschinger am 28. November 1944 in Graz zum Tode verurteilt. Im Urteil heißt es dazu: „Sie haben sich in der Zeit von 1942 bis März 1944 in den Dienst der kommunistischen Partei und der slowenischen Banden gestellt, denen Maximilian Haitzmann und Siegfriede Hauberger auch Leute zugeführt haben, und sich dadurch der Vorbereitung zum Hochverrat und der Feindbegünstigung schuldig gemacht.“

Fallbeil verschwunden

Nachdem Ende März 1945 ein Justizbeamter das Fallbeil im Landesgericht verschwinden ließ, waren Hinrichtungen hier nicht mehr möglich. So wurden sechs zum Tode verurteilte Widerstandskämpfer am 7. April 1945 von Grazer Gestapobeamten aus den Zellen im Landesgericht abgeholt und in die SS-Kaserne nach Wetzelsdorf gebracht, wo sie erschossen wurden. Frieda Hauberger kam ins Gericht nach Wels und wurde einen Monat später von den US-Truppen befreit.

Die Geschichte dieser Wider-

standsgruppe ist eine von vielen, die im eben erschienenen Buch „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss. Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945“ vorgestellt werden. In der Hinrichtungsstätte im Keller des Landesgerichts Graz wurden in den knapp mehr als 18 Monaten ihres Bestehens von Ende August 1943 bis Mitte März 1945 insgesamt 155 Personen exekutiert. Darunter waren 23 Soldaten, die von verschiedenen Gerichten der Wehrmacht wegen Desertion und Wehrdienstverweigerung zum Tode verurteilt worden waren. Zuvor waren 62 in Graz zum Tode verurteilte Widerstandskämpfer nach Wien überstellt und in der Hinrichtungsstätte des dortigen Landesgerichts exekutiert worden.

Gedenkbuch

Das Gedenkbuch gibt diesen in Graz und Wien Hingerichteten nun ihre Geschichte zurück. Es behandelt den Terror der nationalsozialistischen Gerichte in der Steiermark und erzählt die Geschichte nach der Befreiung 1945 weiter: nämlich wie mit den Opfern der NS-Justiz umgegangen wurde und was mit den NS-Richtern geschehen ist.

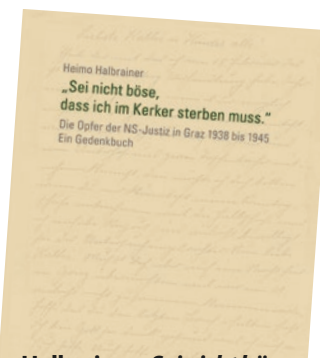
wikicommons, Cpl Donald R. Ornitz, US Army



Befreiung des KZ Mauthausen, Mai 1945



Die Widerstandskämpferin Frieda Hauberger entging der Hinrichtung.



Heimo Halbrainer, „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“

Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Geb. 384 Seiten mit rund 200 Abb., (ISBN 978-3-902542-14-4) CLIO: Graz 2014, Euro 25,00 (**Bestellung: verlag@clio-graz.net**)

Buchpräsentation

Donnerstag, den 12. Februar, um 19 Uhr im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus.

Eine literarische Beschreibung der Befreiungstage in der Steiermark schrieb **Josef Martin Presterl** 1947. Das Buch mit dem Titel „Im Schatten des Hochschwab“ konnte erst Jahrzehnte später



bei CLIO erscheinen. Presterl wurde aufgrund falscher Anschuldigungen 1948 in Jugoslawien hingerichtet.

ISBN: 978-3-902542-09-0

BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung
für alle zugänglich



E-Mail: bibliothek@kpoe-steiermark.at • Tel. Bernd Mugele 0664/7364 6417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Bücherflohmarkt. Sie können uns gerne besuchen – bitte um telefonische Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

KPÖ-Bildungsverein zum Nachhören

http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/audio_archiv.phtml

Stadt soll Kirchnerkaserne erwerben

Jetzt ist es fix: Das Bundesheer verkauft die Kirchnerkaserne in Graz. Damit wird der Vorschlag der KPÖ aktuell, dass die Stadt Graz dieses Areal erwerben soll, um dort Projekte zu verwirklichen, die im Interesse einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung liegen.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Die Stadt Graz darf die aktuelle Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen. Wie bei der ehemaligen Hummelkaserne ist es auch hier notwendig, das Areal der Kirchnerkaserne im Interesse der Bevölkerung zu sichern. Die Kirchnerkaserne liegt in einem gut erschlossenen Gebiet und ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Wir müssen eine öffentliche Nutzung

durch die Stadt zum Wohl der Bevölkerung erreichen.“

Die Grazer KPÖ hatte sich 2007 mit einer Unterschriftenaktion für den Ankauf der Kasernengründe durch die Stadt Graz eingesetzt. Das Areal der Hummelkaserne wurde bereits erworben, dort entstehen derzeit mehr als 80 Gemeindewohnungen, ein neues Pflegewohnheim der Stadt Graz ist bereits eröffnet.



Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages
lädt der Verein CLIO zur Lesung ins Literaturhaus

70 Jahre Befreiung KZ Auschwitz

Über eine Million Männer, Frauen und Kinder starben während des Zweiten Weltkrieges in den Gaskammern von Auschwitz. Als die Soldaten der Roten Armee das Lager am 27. Jänner 1945 befreiten, fanden sie über 7.000 Häftlinge vor, die der Vernichtung entgangen waren.

„Jugend auf der Flucht – Lesung aus Fluchtbiografien“
am Dienstag, 27. Jänner 2015, 20.00 Uhr
im Literaturhaus Graz/Elisabethstraße 30, 8010 Graz

Dorothea Steinbauer und Christian Teissl lesen aus den Erinnerungen von Herta Reich, „Zwei Tage Zeit“ und Helmut Spielmann „Shanghai – Eine Jugend im Exil“. Die damals junge Mürzzuschlagerin sowie der Grazer Schüler konnten 1938/39 gerade noch rechtzeitig vor den Nationalsozialisten fliehen.

Einleitung: Heimo Halbrainer und Gerald Lamprecht

Die beiden Bücher sind im Verlag Clio erschienen.

Nähere Infos: www.clio-graz.net,

Buchbestellungen: verlag@clio-graz.net



Programm

Alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 712959 – bildungsverein.kpoe-steiermark.at

Do., 29. Jänner 2015, 19 Uhr

prol.kino zeigt: TOO BIG TO TELL - Recherchen in der Finanzwelt Filmvorführung und Diskussion mit der Regisseurin

Johanna Tschautscher

Wie entsteht Geld? Was ist Geldschöpfung? Wie viel Geld gibt es und wer vor allen Dingen hat es? Was verleiht die Bank bei einer Kreditvergabe?

Fr., 6. Februar, 19:00 Uhr

Nach den Wahlen in Griechenland:

Perspektiven für ein Europa von unten
Podiumsdiskussion mit Giorgos Chondros,
Sonja Ablinger & Kathrin Niedermoser

Do. 12. Februar, 19:00 Uhr

Buchpräsentation: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ - Siehe Seite 21

Do., 26. Februar, 19:00 Uhr

Prol.kino zeigt: Miner's shot down

(ZA 2014, 86 Minuten, OmdtU, Regie: Rehad Desai)

Im August 2012 starteten Minenarbeiter in einer der größten Platin-Minen Südafrikas einen Streik für höhere Löhne. Sechs Tage später verwendete die Polizei scharfe Munition, um den Streik zu beenden. 34 Arbeiter wurden erschossen. Im Anschluss an die Projektion stellt sich Jakob Krameritsch, Herausgeber des Buches „Das Massaker von Marikana“, den Fragen des Publikums.

Sa., 28. Februar 2015, 19 Uhr 30, Großer Saal

Die Morosoff Kosaken präsentieren: „Kalinka“
Traditionelle Lieder und Tänze der Don Kosaken.

Di., 3. März 2015, 20:00 Uhr, Großer Saal

Kinky Friedman, Vorprogramm: Christian Masser

Mi., 4. März, 18:30 Uhr

Lesung von und mit Boris Pahor

eingeleitet von Prof. Tatjana Rojč

Demo zum Internationalen Frauentag 2015



8. märz komitee

„Jetzt erst recht“

Samstag, 7. März, 10:30 Uhr

Treffpunkt: Ecke Künstlerhaus-Halle für
Kunst & Medien, Burgring 2

Kleinanzeigen

Musiker (Schlagzeug, E-Gitarre, Bass-Gitarre, Orgel) 60er, 70er Jahre-Musik gesucht, 0664/898 4618.

Wohnlandschaft 5sitzig incl. Hocker an Selbstabholer zu verschenken, Farbe: blau-grau-braun gemustert, Maße ca. 160 x 190 cm, Tel.: 0699/10 69 72 86.

Damenübergangsmantel, naturweiß, Gr. 44/Kurzgr. 22 mit Auszippfutter für kältere Tage, neuwertig, Tel. (0316) 25 28 80, ab 18 Uhr.

Zu verschenken: Farbfernseher JVC AV-29TS2EN, Bildschirmdiagonale 68cm, Abmessung: 605mm*476mm*475mm, völlig intakt! Telefon: 0676 9251450.

Lehrstelle gesucht. Ich bin 20 Jahre alt und gerade mit dem Bundesheer fertig. 4 1/2 Monate Lehrzeit (Gastronomie-Fachmann) habe ich bereits absolviert und war jetzt 6 Monate beim Bundesheer in der Küche. Ich würde gerne die Ausbildung zum Koch (in Graz!) fortsetzen. Sofortige Arbeitsbereitschaft und starke Motivation treiben mich an. Tel. 0676 79 38 839

Sozialwissenschaftler mit viel Erfahrung bietet deutsch- u. englischsprachiges Korrektur u. Lektorat wissenschaftlicher Arbeiten, Recherche, Schreibcoaching, Übersetzungen, Interviewtranskription, Datenanalyse, Konzept-, Präsentations-, u. Websteerstellung. Email: herbert.preiss@uni-graz.ac.at; Tel: 0699/1102 8357.

Gesucht: Ebenerdiges Lager/Werkstätte ab 70m² in Graz. Mit Starkstromanschluss und Heizmöglichkeit, für Hobby-Tischlerwerkstatt ausziehen. Ich bin Ausgleichszulagenrentner und arbeite gerne mit Holz. Dazu suche ich einen **trockenen Raum im Erdgeschoß mit Tageslicht, etwa 25m²** groß. Es soll Kaminanschluss, Strom und Zugang zu WC und Wasser geben. alfred.krejza@gmx.at, Tel: 0664 7369 1201.

Kleine KFZ-Werkstatt im Süden von Graz: von PKW-Räder umstecken um Euro 20,- bis Pickerlbegutachtung. Alles aus einer Hand. Rufen Sie einfach an. Tel. 0316/ 40 75 40

bytischler (private Nutzung). Tel. 0650/2811537.

Weil das Haus verkauft wird, muss ich aus meiner Hobby-Tischlerwerkstatt ausziehen. Ich bin Ausgleichszulagenrentner und arbeite gerne mit Holz. Dazu suche ich einen **trockenen Raum im Erdgeschoß mit Tageslicht, etwa 25m²** groß. Es soll Kaminanschluss, Strom und Zugang zu WC und Wasser geben. alfred.krejza@gmx.at, Tel: 0664 7369 1201.

Graz
Münzgrabenstr, 7A
+43 664 235 64 43
johann.wieser01@gmail.com
Einbauschränke mit Schiebetüren

SOUNDPORTAL
RADIO
Graz 97,9 / 102,1 | Ost-Strik 95,9 / 100,4 / 100,9 / 102,2

Druckzeug
Druckwerkstätte im Annenviertel
Wir suchen: **Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten**
Wir bieten: **Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative**
Mehr Infos über den Verein auf www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at
Tel.: 06869-12620/114

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösisubn.
Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. • Vereinsmitgliedschaft gratis.

GRAZER
Stadtblatt-Schwedenrätsel

- Ihr Schlaf gebiert Ungeheuer, heißt es. Seite 18
- Negativzinsen und totale Überwachung drohen, wenn es abgeschafft wird. Seite 19
- Es wird immer teurer, weil Mieten und Betriebskosten in die Höhe gehen. Seite 3
- In Zahlen gegossene Politik ist es. Seite 15
- Am 31. Jänner findet sie wieder statt. Seite 1
- Damit man weiß, was mit den Polit-Bezügen passiert, werden sie jährlich von der KPÖ offengelegt. Seite 2-3
- Ihre Spitzenleute leben in Saus und Braus, während sie ihren Mitgliedsstaaten, Sozialabbau, Belastungen und Pensionskürzungen vorschreibt. Seite 17
- „Klein“ ist es angeblich und ruiniert doch tausende Existenzen. Seite 14-15
- Lebensmittel- und Umweltstandards, Arbeitnehmerrechte, Datenschutz und Gesundheitsstandards stehen auf dem Spiel, wenn dieses Freihandelsabkommen unterzeichnet wird. Seite 8
- Auf Fassaden und den Eingängen zu Geschäften sind sie uns allen bekannt. „Typisch Graz“ hat sie nun fotografisch dokumentiert. Seite 9

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Post: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

- Als solcher wird der Papst bezeichnet, wenn er sich für die Armen einsetzt. Seite 2, Zitate
- Hier betreut das SMZ Liebenau ein Stadtteilzentrum. Seite 6
- In der Hinrichtungsstätte der Nazis im Keller dieses Grazer Gebäudes wurden in 18 Monaten ihres Bestehens 155 Personen ermordet. Seite 20
- Seit Juni trudeln Hiobsbotschaften ein. Dabei wäre sie wohl verdient. Seite 7
- Ein Sommer-Refektorium errichteten sie am Rosenhain. Nun wird es revitalisiert. Seite 13

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Ich schäme mich

Ein weiteres Beispiel unserer Fremdenphobie: Vor einigen Wochen, als wir wieder einmal im „Volt“ waren, einem öffentlich zugänglichen Musikclub in Graz, mussten wir feststellen, dass sich die Türsteher durch ihre diskriminierenden Willkür auszeichneten. Diesmal traf es einen unscheinbaren jungen Mann mit asiatischer Herkunft (Pakistan, Afghanistan), der deshalb nicht eingelassen wurde. Für mich erhebt sich dabei nun die Frage, ob der Chef dieses Lokals derartige Anweisungen gegeben hat oder ob diese Situation einem übereifrigen

„Minderleister“ zugeordnet werden kann. Ein Skandal ist es jedenfalls, ich schäme mich dafür!

Name der Redaktion bekannt

Verkehrte Welt

Wenn Menschen in ihrer Not als allerletzten Ausweg betteln, dann fühlen sich manche „gute“ Bürgerinnen und Bürger gestört. Wenn die Reichen in einer Nacht das Jahreseinkommen einer Familie beim Opernball (für Loge, Designer Outfit, Essen und Trinken) verprassen, werden sie von manchen bewundert. Die Schamlosigkeit der hohen Herren und Damen, mit der sie stolz ihr Vermögen und

auch ihre Macht zur Schau stellen, ist obszön. Wie schrieb schon Bert Brecht: *Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“*

Alois Reisenbichler

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF



im **Infoladen Schwarzes Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz. InfoTel: 0699 81 537 867.

NÄCHSTEN TREFFtermin:

Do 29. Jänner 2015
von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr. www.amsel-org.info

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis:

0681/102 703 42

MEIN SOHN IST SCHWUL. MEINE TOCHTER IST LESBISCH.

Stammtisch und Information für Eltern homosexueller Kinder



Elternstammtisch für Eltern homosexueller Kinder
Ab 2015 jeden 2. Dienstag im Monat, ab 18:00 Uhr im La Meskla (Kaiserfeldgasse 19, 8010 Graz)
Um Voranmeldung wird gebeten!
Verein RosaLila PantherInnen, Annenstraße 26, 8020 Graz
Web: www.homo.at • Email: info@homo.at • Tel.: 0316/ 36 66 01

„Gesund und aktiv leben“

FRAUENGESUNDHEITZENTRUM
beraten, begleiten, bewegen

Ötelliges Selbstmanagementprogramm für Frauen. Leben Sie, lebt ein Mitglied Ihrer Familie oder jemand aus Ihrem Freundeskreis mit einer Langzeiterkrankung wie etwa Diabetes, Migräne, einer Allergie oder einer Herz-Kreislauf-Erkrankung?
Informationsnachmittag: Montag, 2. 2. 2015, 17.30–18.30 Uhr (Voraussetzung für Teilnahme am Kurs)
Kurs: montags ab 9. 2. 2015, 17.30–20.00 Uhr, weitere Termine 16. 2., 23. 2., 2. 3., 9. 3., 16. 3.
Informationsnachmittag und Kurs sind kostenfrei; beschränkte TeilnehmerInnenzahl.
Wo? Information und Kurs im Frauengesundheitszentrum, Joanneumring 3, 1. Stock, 8010 Graz
Anmeldung unter 0316/83 79 98 oder monika.vucsak@fgz.co.at



Einzelberatung
Paarberatung
Sexualberatung
Seminare
graz, triester straße 14



Kontakt und Infos:
www.es-praxis.at
Sigrun Eber,
0660 / 669 0028

sigrun eber
einzel-, paar- und sexualberatung
triesterstraße 14 8020 graz
office@es-praxis.at 0660/6690028



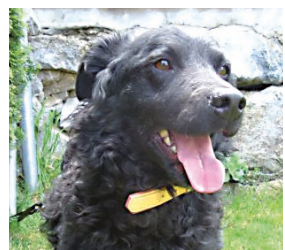
Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Princess, ältere Mischlingshündin, als Findling ins Tierheim gekommen. Freundlich, verschmust. Sie ist mit anderen Hunden verträglich und menschenbezogen. Sie bleibt nicht gern alleine.



Wollli ist ein im Jahr 2008 geborener, freundlicher, kastr. Mudimischlingsrüde. Er ist mittelgroß, sehr liebesbedürftig und treu.



Bärli ist ein ca. 8-jähriger, kastr. Wohnungskater. Er stammt aus schlechter Haltung, ist neugierig, anfangs etwas zurückhaltend, fasst aber dann schnell Vertrauen.



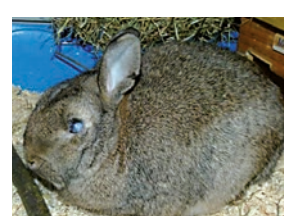
Pamino ist ein ca. 8 Monate alter kastr. Kater, der von einer Streunerkatze abstammt. Er lässt sich seit kurzem streicheln und ist bereits ein richtiger Schmusekater.



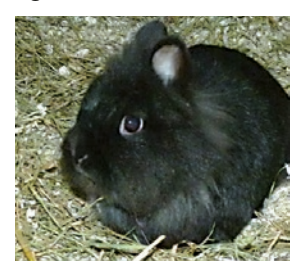
Leni ist eine ca. 8 Monate alte, sterile Katzendame, die von einem ungeplanten Wurf einer Streunerkatze abstammt. Sie ist noch schüchtern und Menschen gegenüber zurückhaltend.



Miss Biggy ist ein ca. 3 Jahre altes, weibliches Meerli, dessen Partner verstorben ist und die jetzt ein Heim mit einem Artgenossen sucht.



Pablo ist ein kastr. Kaninchenrammler, der aufgefunden wurde. Er ist leider auf einem Auge blind, hofft aber trotzdem auf ein schönes Heim mit Artgenossen.



Pedro Findlingskaninchen, er ist kastriert und sucht ein Heim mit Artgenossen.

RADIO HELSINKI
Freies Radio Graz



92,6 MHz

kinderland
Graz ladet ein zum

Kinder- maskenball

SAMSTAG, 7. FEBRUAR 2015

**IM VOLKSHAUS
LAGERGASSE 98a**

**BEGINN: 15 UHR
EINTRITT/PERSON: € 3.-
VVK: € 2.50**

**ES ERWARTET EUCH TOLLE MUSIK,
SPIEL UND SPASS
WIR FREUEN UNS AUF EUREN BESUCH**



Mi. 4. März, 18:30 Uhr
Lesung von und mit
Boris Pahor
eingeleitet von
Prof. Tatjana Rojc



Der 1913 in Österreich-Ungarn geborene Boris Pahor ist einer der bedeutendsten slowenischsprachigen Autoren. Der in Triest beheimatete Autor: *Ich fühle mich wie ein Slowene. Staatsbürger Italiens und Europas kommt erst danach. Unsere Eltern wurden aber erzogen, dass sie sich für Österreicher hielten.* Der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus verarbeitete unter anderem seine Erfahrungen im deutschen KZ literarisch.

Di. 3. März 2015, 20 Uhr
Kinky Friedman
Vorprogramm:
Christian Masser

Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Karten: 0676/4285722
KPÖ, oeticket.

Der texanische Country-Sänger Kinky Friedman ist Krimi-Bestsellerautor, Zigarren- und Tequilakonsument, war Mitglied von Bob Dylans „Rolling Thunder Revue“, ist, wie alle guten Menschen, Katzenliebhaber. Er ist der Governor der Herzen der Texaner – mit über 12 % der Wählerstimmen.

Zu seinen bekennenden Fans zähl(t)-en Nelson Mandela, Willie Nelson und Bill Clinton. Mit Cowboyhut, Tequila und Zigarre wird er im Grazer Volkshaus seine schrägen, witzigen, provokanten Songs und Anekdoten zum Besten geben. Ein Sensationsgastspiel, das niemand versäumen sollte!

Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a

für Kleinkunst, Theater-,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Seminare uvm.
Großer Saal, 280 m²
Kleiner Saal 60 m²

Anfragen:
lothar.laesser@volkshaus-graz.at
Tel. 0316/ 71 29 59 oder 71 24 79

www.volkshaus-graz.at



Morosoff Kosaken
präsentieren:
„Kalinka“

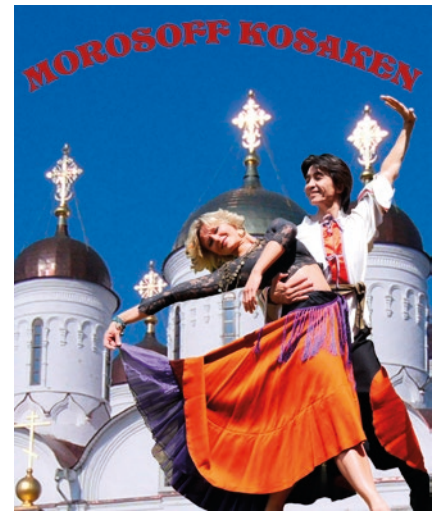
Traditionelle Lieder und
Tänze der Don Kosaken.

Samstag, 28. Februar 2015,
19 Uhr 30
Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

AK: 16 Euro, VVK: 14 Euro

Karten unter: 0650/4231788

Eine Veranstaltung der Morosoff-Kosaken. Mit
Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.



Musician - Author - Governor of the Heart of Texas

KINKY FRIEDMAN

SUPPORT
CHRISTIAN MASSER

A JOURNEY IN TIME



DI 03.03. GRAZ
VOLKSHAUS

Beginn: 20:00 Uhr
Karten: oeticket, KPÖ-Büro,
+436764285722

oeticket.com

KPÖ
Bildungsverein
JaG presents